Stadtpolizeiliche Statistik 2017

STADT FRANKFURT AM MAIN

ORDNUNGSAMT

Redaktion

Matthias Heinrich (verantwortlich)
☎ +49 (0)69 212 40010
matthias.heinrich@stadt-frankfurt.de

Unter der Mitarbeit von

Gerald Glamser, Steffen Gransow, Heinz-Walter Giesel, Sabine Loos

Alle Rechte vorbehalten
© Stadt Frankfurt am Main

Bild Deckblatt: PCWS Produktions Consulting, Print -und Medienproduktion Wolfgang Stette

Bezugsadresse:

Stadt Frankfurt am Main
ORDNUNGSAMT

- Stadtpolizei -
Kleyerstraße 86
60326 Frankfurt am Main
☎ +49 (0)69 212 44044
+49 (0)69 212 32890
sicherheit@stadt-frankfurt.de
www.ordnungsamt.frankfurt.de

Im Mai 2018

Inhaltsverzeichnis

	Seite
Vorworte	4 - 6
Service und Organisation	
Organisationsaufbau der Stadtpolizei	8
Aufgaben und Zuständigkeiten der Stadtpolizei	10
Sicherheitstelefon	12
Sicherheitsmobil	13
Streifen und Ermittlungstätigkeiten	
Streifendienst	15
Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten	17
Fallzahlen nach Aufgabenbereichen	
Kfz.- und Wohnsitzermittlungen	19
Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht	20
Abfallermittlungen/Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	21
Gewerbeüberwachung und Sondernutzungskontrollen	22
Gesundheitsaufsicht	24
Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung	25
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen	26
Besondere Tätigkeiten und Einsatzmaßnahmen	
Verstöße rund ums Auto	29
Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden	30
Waffenkontrollen	32
Testkäufe Alkohol	33
Besondere Einsatzmaßnahmen	34
Repressive Maßnahmen	
Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen	38
Sonstige repressive Maßnahmen	39
Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung	40
Einleitung von Strafverfahren durch die Stadtpolizei	41
Wachen der Stadtpolizei	42

Liebe Frankfurterinnen und Frankfurter,

wir haben das Glück, in einer erfolgreichen und aufstrebenden Stadt zu leben. Die Marke von 750.000 Einwohnerinnen und Einwohnern in Frankfurt am Main wird voraussichtlich im Herbst dieses Jahres überschritten. Menschen fühlen sich dort wohl, wo sie neben einem gesellschaftlich, sportlich und kulturell breit gefächerten Angebot vor allem ein hohes Maß an Sicherheit und Ordnung vorfinden.

Frankfurt am Main ist eine Stadt mit vielen Besonderheiten, die für Sicherheitsbehörden große Herausforderungen für die tägliche Arbeit mit sich bringen. Neben Deutschlands Finanzmetropole ist sie mit ihrem internationalen Flughafen, dem Hauptbahnhof und dem dichten Fernstraßennetz der Verkehrsknotenpunkt in Europa. In der Metropolregion „Rhein-Main“ ist Frankfurt Industriestandort und zugleich die Sport-, Kultur- und Freizeitstadt in Hessen. Wo Menschen aus über 170 Nationen zu Hause sind, bildet sich die kulturelle Vielfalt so ausgeprägt wie in wenigen anderen bundesdeutschen Städten ab und impliziert ein erhöhtes Sicherheitsrisiko.

Als Ordnungsdezernent liegt mir die Sicherheit der Menschen in dieser schönen Stadt Frankfurt besonders am Herzen. Für sie einzutreten ist nicht nur meine dienstliche Aufgabe, sondern auch mein persönliches Anliegen. Wichtiger Bestandteil des engmaschigen Sicherheitsnetzes von staatlichen und privaten Organisationen ist die Stadtpolizei unseres Ordnungsamtes.

Dem Team unserer Stadtpolizei gelingt es mit seiner Präsenz in allen Frankfurter Stadtteilen, das objektive Sicherheitsgefühl der Frankfurter Bürgerinnen und Bürger sowie seiner Besucherinnen und Besucher nachhaltig zu verbessern. Die Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten sorgen mit ihren Einsätzen dafür, dass sich Menschen in Frankfurt gerne aufhalten und dass sich Frankfurt am Main nach außen als moderne, attraktive und sichere Stadt präsentieren kann. Damit das so bleibt, setze ich mich dafür ein, dass die Stadtpolizei den ständig wachsenden Herausforderungen, die an sie gestellt werden, gerecht werden kann. Hierfür stellt der Magistrat die notwendigen Mittel zur Verfügung, um gut ausgebildeten Ordnungshüterinnen und Ordnungshütern ein Optimum an Ausrüstung zur Verfügung zu stellen. Auch bei dringend notwenigen Neueinstellungen setzen wir alle Hebel in Bewegung, um dieser wachsenden Stadt - trotz knapper finanzieller Mittel - zusätzliches Sicherheitspersonal zur Verfügung zu stellen. Am 1. Mai haben bereits 10 neue Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten ihren Dienst angetreten und Anfang August wird es weitere Verstärkung geben.

Sie halten bereits die achte Jahresstatistik des Erfolgskonzepts Stadtpolizei in Ihren Händen. Diese Statistik stellt einen nach außen gerichteten Tätigkeitsbericht der über 200 Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten dar und ermöglicht, sicherheitsrelevante Entwicklungen zu erkennen und Tendenzen in unserer Stadt ablesen zu können. Sie ist für uns ein wichtiges Handwerkszeug, um unser Handeln im Rahmen der Frankfurter Sicherheitsarchitektur entwickeln und anpassen zu können.

Ich wünsche Ihnen beim Studium der Stadtpolizeilichen Statistik 2017 viele neue und interessante Erkenntnisse. Nehmen Sie sich die Zeit, tauchen Sie in das umfangreiche Aufgabenspektrum der Frankfurter Stadtpolizei ein und erleben Sie die Erfolge einer seit Jahren zuverlässigen Sicherheitsakteurin in Frankfurt am Main.

Ihr
Markus Frank
Dezernent für Wirtschaft, Sport, Sicherheit und Feuerwehr

Liebe Leserinnen und Leser,

ich freue mich sehr, Ihnen die Stadtpolizeiliche Statistik 2017 präsentieren zu können. Diese nun schon achte Jahresstatistik spiegelt das tägliche Engagement der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Stadtpolizei des Ordnungsamtes wider, Frankfurt am Main zu einem sicheren und sauberen Ort für die Menschen zu machen, die hier leben, arbeiten und sich als Gäste aufhalten. Mit seinen Statistiken, Zahlen, Erklärungen und Vergleichen stellt dieser Jahresbericht ein wichtiges Werkzeug dar, um unser Wirken auf sich ändernde Sicherheitsbedürfnisse anzupassen und passgenaue Strategien entwickeln zu können. Unser Auftrag, die Erhöhung des Sicherheitsempfindens der Menschen in dieser Stadt, hat für uns oberste Priorität. Die Erkenntnisse aus der Stadtpolizeiliche Statistik helfen uns, diesen Auftrag optimal wahrnehmen zu können.

Die Ausgabe 2017 zeigt das Handeln und Wirken der Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten in den letzten 12 Monaten auf. Ob in den äußeren Bezirken oder der Innenstadt, ob in den Schwanheimer Dünen oder dem Bahnhofsviertel. Die Stadtpolizei des Ordnungsamtes hat sich zu einer verlässlichen Partnerin in Sachen Sauberkeit, Sicherheit und Ordnung entwickelt. In Kooperationen mit anderen staatlichen und privaten Sicherheitsakteuren sind wir für die Menschen zu einem wahrnehmbaren Bestandteil eines sicheren Lebens geworden. Dank und Anerkennung, die wir für diesen Einsatz erfahren, bestätigen unsere Bemühungen, zu einer sicheren Metropole Frankfurt am Main beizutragen.

Motivation, gute Ausbildung und Personal in ausreichender Stärke. Drei Eckpfeiler, die mir in meiner Tätigkeit als Leiter des Ordnungsamtes besonders wichtig sind. Nur durch gut ausgebildete und ausgerüstete Bedienstete, die mit viele Engagement und Herzblut für die Belange der Menschen in Frankfurt am Main eintreten, können wir erreichen, dass unsere Stadt ein lebens- und liebenswerter Platz bleibt. Wenn ich mir die Zahlen und Entwicklungen in dieser Ausgabe betrachte, sehe ich uns auf einem guten Weg. In Gesprächen mit den Stadtpolizistinnen und Stadtpolizisten, aber auch in Begegnungen mit Politik, Gewerbe und Bürgerschaft, erfahre ich viele positive Rückmeldungen unserer Arbeit für die Gemeinschaft, aber auch für jeden Einzelnen.

Ich möchte auf diesem Wege die Möglichkeit nutzen, allen Bediensteten der Stadtpolizei für ihr vorbildliches Eintreten für die Belange der Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt zu danken. Die Menschen in Frankfurt schätzen ihren Einsatz und honorieren, wenn sie auch nachts, an Feiertagen oder auch mal zeitlich über das normale Maß hinaus ihren Dienst verrichten. Den Gestalterinnen und Gestaltern dieser Statistik danke ich für die Darstellung nüchterner Zahlen in einer anschaulichen und informativen Form.

Liebe Leserinnen und Leser, ich wünsche Ihnen interessante Einblicke in das ambitionierte Tätigkeitsspektrum und die Erfolge unserer Arbeit. Die Stadtpolizei des Ordnungsamtes als fester Bestandteil der Frankfurter Sicherheitsarchitektur wird Ihnen auch in Zukunft mit viel Engagement und Leidenschaft ein gutes Gefühl in einer sicheren und sauberen Stadt Frankfurt am Main geben.

Ihr

Jörg Bannach
Leiter des Ordnungsamtes

Schwerpunkte 2017

Die bereits für das Jahr 2016 aufgezeigte, angespannte Sicherheitslage in Deutschland, die sich auch auf Frankfurt am Main auswirkte, setzte sich 2017 in Folge weiterer Anschläge durch Islamisten unvermindert fort. Die Stadtpolizei Frankfurt am Main war auf vielen Feldern, bis hin zur Unterstützung der Errichtung von Abwehrsperren im Innenstadtbereich umfangreich und intensiv eingebunden.

Zwei Schwerpunkte wurden 2017 gesetzt:

1. Das Bahnhofsgebiet sowie die B-Ebene und das direkte Umfeld des Hauptbahnhofs

Zur Unterstützung der „Besonderen Aufbauorganisation (BAO)“ der Landespolizei sowie im Rahmen des Projektes „OSSIP“ wurden seitens der Stadtpolizei Streifengänge und Kontrollmaßnahmen sowie Schwerpunktkontrollen/Aktionstage in Gewerbebetrieben und Gaststätten des Bahnhofsviertels durchgeführt.

2. Die Innenstadt, insbesondere der Bereich zwischen Konstablerwache und Alter Oper

Aufgrund der stetig steigenden Beschwerdelage und festzustellenden Probleme hinsichtlich aggressiver Bettler und lagernder Obdachloser sowie der Lärmbelästigung durch meist anhaltend und falsch spielende „Künstler“, insbesondere im Bereich der Zeil, wurden von Juni an intensivierte Streifengänge und Kontrollmaßnahmen durchgeführt.

In beiden Schwerpunktbereichen konnten deutliche Verbesserungen für die Sicherheit und Ordnung der Bürgerinnen und Bürger Frankfurts umgesetzt werden. Das konsequente Einschreiten gegen uneinsichtige, aggressive Bettler und das Auflösen von Personengruppen, die Betäubungsmittel konsumieren, sind die Hauptursachen für die gestiegene Anzahl an Maßnahmen der „Allgemeinen Gefahrenabwehr“ (+ 75%). Bei uneinsichtigen Personen erfolgte vermehrt das Aussprechen von Platzverweisen (+ 137%). Bei nicht feststehender Identität war zudem oftmals eine Mitnahme zur Wache zwecks Identitätsfeststellung (= Sistierung) erforderlich (+ 95%).

In den anderen Bereichen führte die Schwerpunktsetzung allerdings zu teilweise deutlichen Rückgängen, da für diese nicht mehr ausreichend Personal zur Verfügung stand. Dies spiegelt sich in einigen Bereichen der Statistik wider.
Die Anzahl der Streifenstunden konnte wieder gesteigert und der Anteil der Fußstreifentätigkeiten nochmals auf nunmehr 48,4 % weiter ausgebaut werden. Damit wurden fast die Hälfte aller Streifenstunden zu Fuß verrichtet. Die Nähe zur Bevölkerung und die direkte Ansprechbarkeit für jedermann konnten dadurch nochmals verbessert werden.

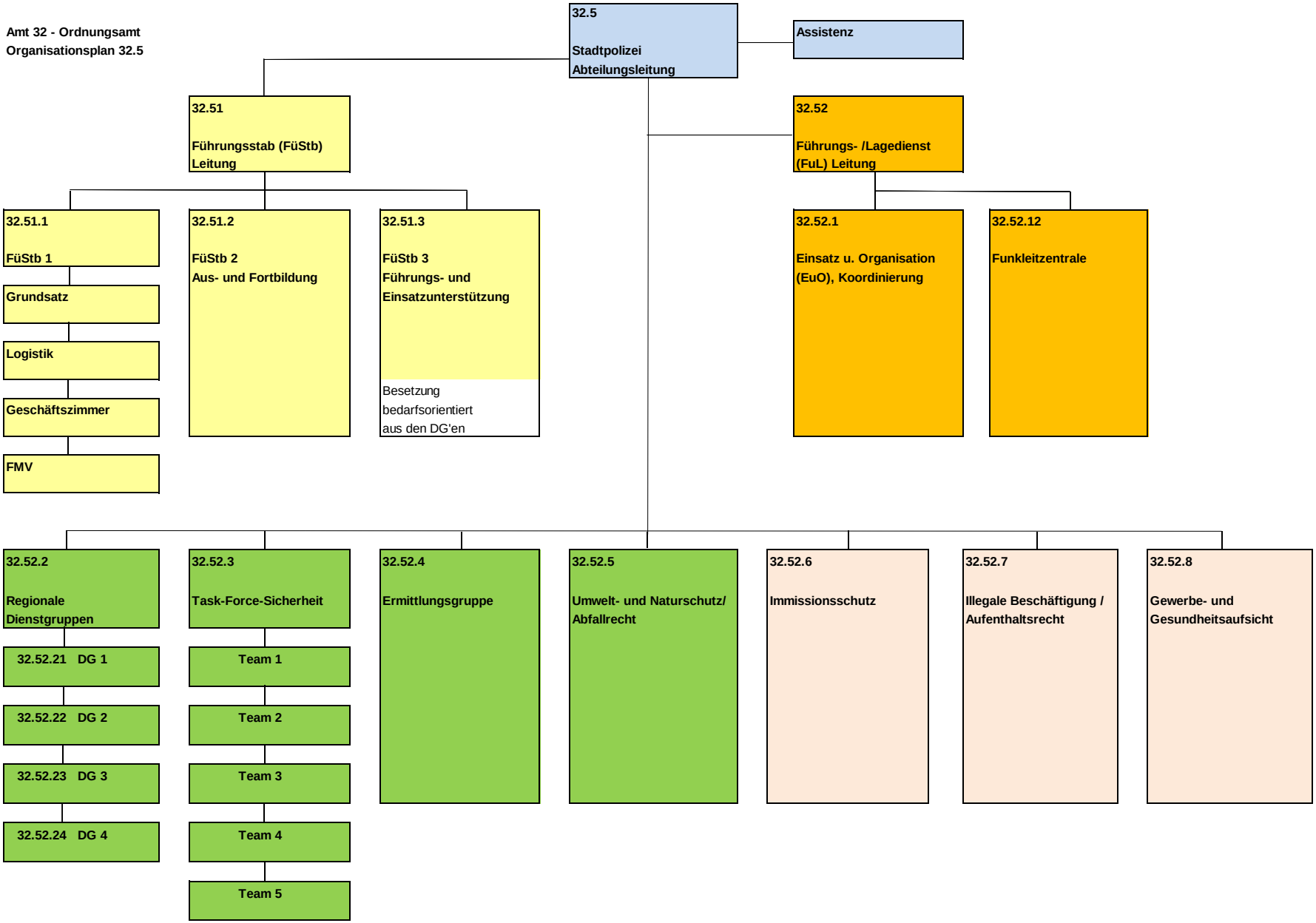
Die Zahl der Hinweise durch die Bürgerinnen und Bürger zu Abfall und Sperrmüll ist weiter rückläufig, was sich in den registrierten Meldungen am Sicherheitstelefon (- 30 %) zu diesem Themenfeld widerspiegelt. Gleichzeitig sind die eingeleiteten Buß- und Verwarnungsgeldverfahren wieder auf das Niveau der Vorjahre gestiegen. Der stärkste Anstieg ist bei den Kleinabfällen, vornehmlich in der verstärkt überwachten Innenstadt, zu verzeichnen.

Mein besonderer Dank gilt meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtpolizei, die auch 2017 mit hohem Engagement und Motivation diese insgesamt guten Ergebnisse erreicht haben!
Ihr

Matthias Heinrich
Leiter der Stadtpolizei

Service und Organisation

Amt 32 - Ordnungsamt
Organisationsplan 32.5



Aufgaben und Zuständigkeiten der Stadtpolizei (von A – Z)

- **Abfallrecht** (Ermittlungen bei illegalen Mülldeponien in den Außenbereichen und illegalen Sperrmüllablagerungen, Ahndung bei „Entsorgung“ von Kleinabfällen im öffentlichen Verkehrsraum)
- **Ausländerrecht** (Vollstreckung von Abschiebungen, Ermittlung illegaler Personen, ausländerrechtliche Überprüfungen)
- **Fischereirecht** (Streifendienste und Sonderaktionen an den Gewässern, wie z.B. an Main und Nidda)
- **Gefahrenabwehr** (Sofortige Störungsbeseitigung bei Unfällen, Schutz privater Rechte, Erteilung von Platzverweisen bei störendem oder gefährdendem Verhalten von Personen, Hilfeleistungen, Erstversorgung von hilflosen Personen)
- **Gefahrenabwehrverordnung (ehemals Polizeiverordnung)** (auszugsweise: Vorgehen gegen aggressives und organisiertes Betteln, Betteln mit oder durch Kinder, zweckfremde Nutzung von öffentlichen Toilettenanlagen, Lagern zum Konsum von Betäubungsmitteln, Alkohol- und Betäubungsmittelkonsum auf Spielplätzen und Schulhöfen, Überwachung des Leinenzwangs bei Hunden, Alkoholkonsum an den Abgängen zu den B-Ebenen, Graffitibekämpfung)
- **Gesundheitsaufsicht** (Einschreiten bei Vorhandensein von Infektionsgefahren durch Schädlingsbefall und Ratten, Unterbringung von psychisch kranken Personen)
- **Gewerbe- und Gaststättenrecht** (Kontrollen der gaststättenrechtlichen Auflagen und Konzessionen, Überprüfung des angestellten Personals hinsichtlich illegaler Beschäftigung bzw. dem Infektionsschutzgesetz, Überwachung des Reisegewerbes, der Sommergärten, Warenauslagen im Einzelhandel, Wettbüros sowie Spielotheken)
- **Glücksspielrecht** (Kontrollen von genehmigten Tombolen und Ausspielungen auf öffentlichen Straßen und Plätzen, einschließlich Überprüfung der Auflagen)
- **Grünanlagensatzung** (Einschreiten bei unangeleinten Hunden, beim Grillen, Zelten, widerrechtlichem Parken und bei Sachbeschädigungen)
- **Hausrecht** (Durchsetzung des Hausrechts in allen städtischen Verwaltungsgebäuden)
- **Immissionsschutzrecht** (Lärmbeschwerden bezüglich Gaststätten, aus der Nachbarschaft, bei Veranstaltungen sowie Geruchsbelästigungen)
- **Jugendschutzrecht** (Zuführung an die Eltern in den Nachtstunden bzw. an das Jugendamt oder die Polizei bei „Heimausreißern“ sowie Überwachung des Verbots von Alkoholausschank bzw. -verkauf an Jugendliche)
- **Kampfhunde** (Überprüfung, Ermittlung, Sicherstellung und Einziehung)
- **Ladenöffnungsrecht** (Überwachung von Verkaufsstellen für den geschäftlichen Verkehr mit Kunden hinsichtlich der Einhaltung der Ladenschlusszeiten, insb. an Sonn- und Feiertagen)
- **Melderecht** (Wohnsitzermittlungen im Auftrag städtischer Ämter oder anderer Behörden, Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten nach dem Meldegesetz)
- **Nichtraucherschutzrecht** (Überprüfung von gastronomischen Betrieben hinsichtlich der Einhaltung bestehender Rauchverbote)
- **Personenbeförderungsrecht** (Taxenkontrollen über das Mitführen der Auszüge aus den Genehmigungsurkunden, Personenbeförderungsscheinen, Eichbescheinigungen der Taxameter und Überprüfung der Sauberkeit der Fahrzeuge)

- **Prostitution, Bekämpfung der verbotenen Prostitution** (Die Kontrollen sollen dazu beitragen, dass die Bestimmungen der Sperrgebietsverordnung durch Straßenprostitution eingehalten werden)
- **Straftaten, Ordnungswidrigkeiten** (Aufnahme von Strafanzeigen und Ordnungswidrigkeiten, Erstattung von Amts wegen, Unterstützung der Landespolizei)
- **Straßenverkehrsrecht** (Beschlagnahmung von Führerscheinen auf Grund richterlicher Beschlüsse, Wohnungsdurchsuchungen im Rahmen der Einziehung von Fahrerlaubnissen bei Vorliegen richterlicher Durchsuchungsbeschlüsse, Ermittlungen bzw. Einleitung von Strafverfahren bei Missbrauch oder Fälschung von Behindertenausweisen, Gefahrenabwehr bei Trunkenheit am Steuer, unsicherer Ladung, Überwachung von gesperrten Wegen und Feldgemarkungen, Ahndung von Fahrzeugmängeln)
- **Straßenverkehrszulassungsrecht für Kraftfahrzeuge** (Ermittlungen und Vollstreckungsmaßnahmen - Entstempelung des Kennzeichens - für die Kfz-Zulassungsstelle bei nicht vorhandenem Versicherungsschutz, bei Kraftfahrzeugsteuerschulden oder bei technischen Mängeln)
- **Umwelt- und Naturschutzrecht** (Verhinderung bzw. Feststellung von Verstößen gegen naturschutzrechtliche Bestimmungen)
- **Versammlungsrecht** (Unterstützung der zuständigen Abteilung bei Demonstrationen und Versammlungen)
- **Vollzug des Schulzwangs** (Zwangsweise Zuführung von Schulverweigerern an die Schulen nach den Vorschriften des Hessischen Schulgesetzes)
- **Waffenrecht** (Kontrollen des verbotenen Waffenhandels im Reisegewerbe und Marktverkehr, verdachtsunabhängige Kontrollen bei Waffenbesitzerinnen und -besitzern)
- **Wasserrecht** (Feststellung wasserrechtswidriger Zustände - unzulässige Einleitung in und Entnahme aus Gewässern, Grundwassernutzungen, Verunreinigung des Erdreiches - und Unterrichtung der Unteren Wasserbehörde im Umweltamt)

Sicherheitstelefon

Die Zahlen der Anrufe beim Sicherheitstelefon sind in den Bereichen „Umwelt- und Naturschutz“ sowie „Allgemeine Auskünfte/Sonstiges“ zurückgegangen.
Aufklärung und zunehmendes Umweltbewusstsein führen in weiten Teilen Frankfurts zu rückläufigen Verstößen in diesen Bereichen. Eine deutliche Erhöhung zeigt sich bei der Anzahl der Anrufe im Zusammenhang mit den sogenannten „Problemgruppen“. Grund hierfür ist die zunehmende Anzahl an obdachlosen Personen/-gruppen (hauptsächlich im Bereich der Innenstadt), die zu verstärkten Beschwerden bezüglich Störungen im Zusammenleben mit Bürgerinnen und Bürgern Frankfurts sowie Gästen der Stadt führt.

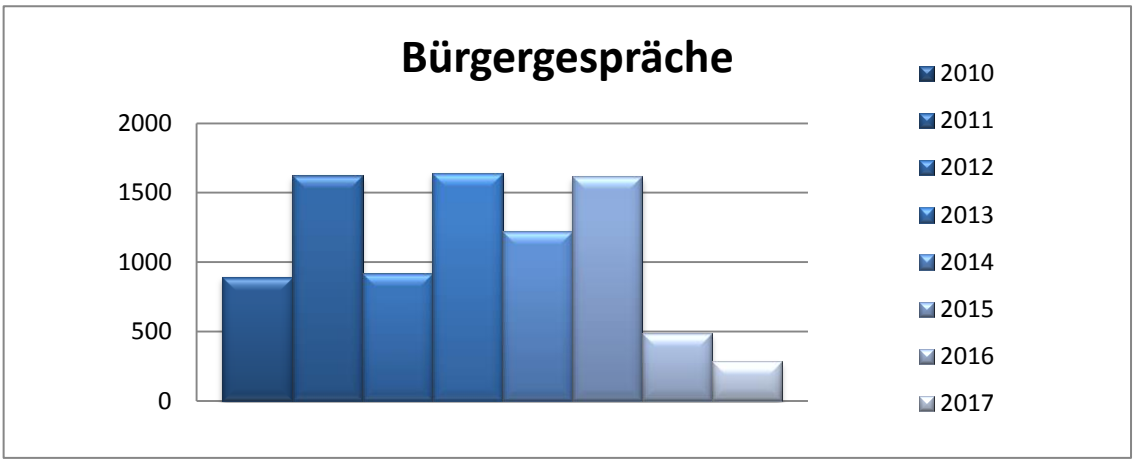
Anrufe beim Sicherheitstelefon	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**13.683**	**16.727**	**14.786**	**16.196**	**14.811**	**17.042**	**18.234**	**17.314**
Lärm/Ruhestörungen	3.235	3.173	2.479	2.648	2.469	2.783	2.319	2.472
Umwelt- und Naturschutz	2.181	1.407	1.302	1.449	1.201	1.131	716	518
Thematik Hunde	504	267	240	308	325	207	156	155
Problemgruppen (z. B. aggressive Bettler/-innen, lagernde Personengruppen)	392	507	474	869	695	697	609	756
Thematik Straßenverkehr	3.948	3.907*	3.508*	3.694*	3.600*	4.631*	4.861	4.779
Allgemeine Auskünfte/sonstige Maßnahmen	3.423	5.964	5.389	5.538	4.765	6.235	5.877	4.741
Zuständigkeit anderer Behörden	nicht separat erhoben	1.502*	1.394*	1.690*	1.363*	1.133*	2.228	2.363
Sonstige Maßnahmen der Gefahrenabwehr	nicht separat erhoben	nicht separat erhoben	nicht separat erhoben	nicht separat erhoben	nicht separat erhoben	nicht separat erhoben	1.468	1.530

Sicherheitsmobil

Wie bereits im Vorjahr wurden auch im Jahr 2017 die Einsätze des Sicherheitsmobils nochmals deutlich reduziert. Zum einen lag dies an der weiter erhöhten Konzentration der Einsatzmaßnahmen im Innenstadtbereich und im Bahnhofsgebiet, zum anderen ging die Nachfrage nach dieser „mobilen Wache“ in den vergangenen Jahren zurück, so dass die Einsätze bedarfsorientiert und damit reduzierter erfolgten.

Die jeweiligen Einsatztermine des Sicherheitsmobils in den Stadtteilen werden in der Presse veröffentlicht, können aber auch jederzeit über die Homepage der Stadt Frankfurt am Main „www.frankfurt.de“, unter dem Suchbegriff „Sicherheitsmobil“, abgerufen werden.

Einsätze des Sicherheits-mobils	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Anzahl der Einsätze	132	176	134	133	107	79	74	47
Standzeiten (in Stunden)	516	564	523	521	466	418	147	94
Anzahl der Bürgergespräche	892	1.621	917	1.641	1.223	1.618	485	285



Streifen und Ermittlungstätigkeiten

Streifendienst

Der Umfang an Streifenstunden wird maßgeblich durch den Personalbestand bestimmt. Die Verteilungsquote zwischen dem Innenstadt- und Bahnhofsbereich sowie den übrigen Stadtteilen hängt von der täglich neu zu bewertenden Sicherheitslage ab, die mit dem subjektiven Sicherheitsgefühl in der Bevölkerung korrespondiert. Aufgabe der Stadtpolizei ist es, stets auf aktuelle Entwicklungen und Veränderungen zeitnah zu reagieren.

Im Jahr 2017 waren verstärkte Kontrollen auf der Zeil und den dortigen Nebenstraßen notwendig, um gegen aggressive Bettler und Obdachlose vorzugehen. Auch Straßenmusiker, die sich nicht an die Vorgaben zur Straßenmusik hielten, wurden entsprechend kontrolliert und sanktioniert.

Als weiterer Schwerpunkt wurden vermehrt Streifengänge in den sog. „Wasserstraßen“ des Bahnhofsgebietes und in den unterirdischen Bereichen des Hauptbahnhofs durchgeführt, in denen sich viele Dealer und Drogenkonsumenten aufhalten. Diese fallen dort fortwährend durch aggressives Verhalten, Lärmbelästigungen und Verschmutzungen aller Art auf und beeinträchtigten damit das Wohl von Anwohnern, Passanten und Touristen.

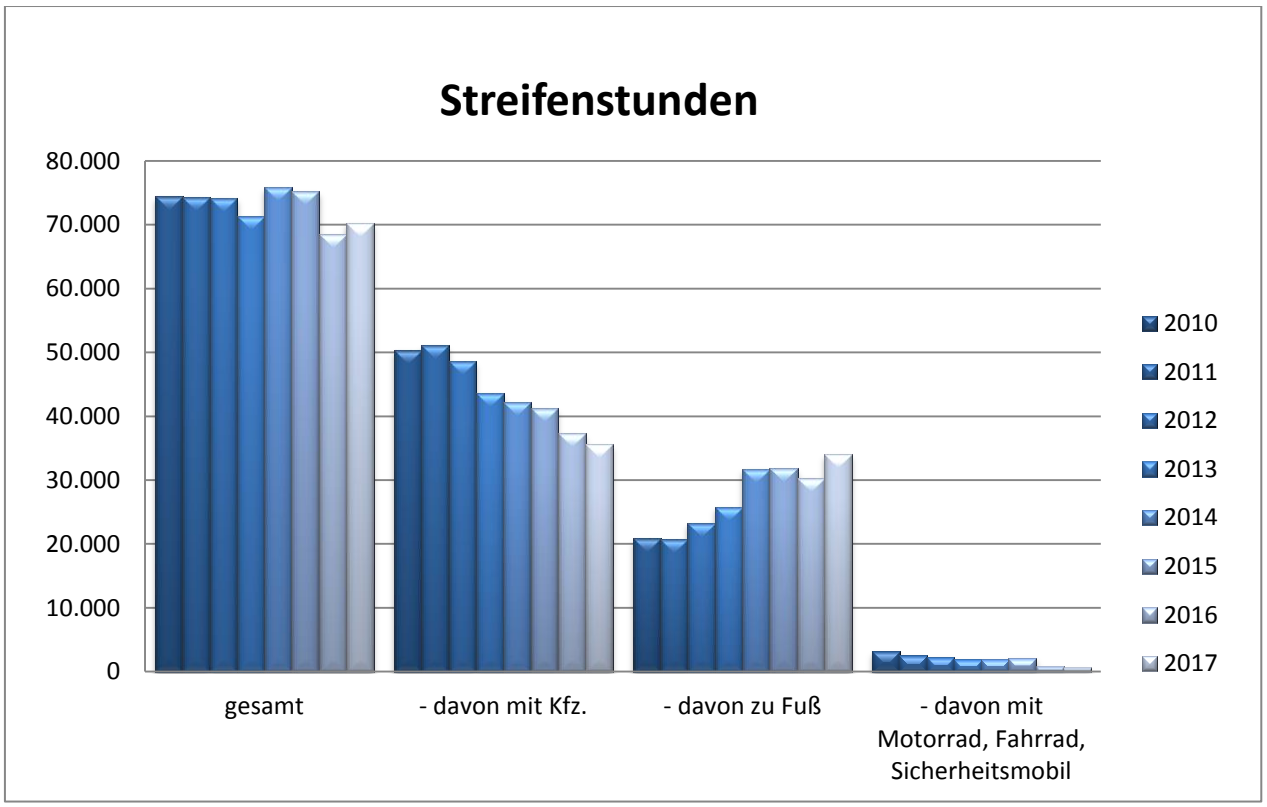
Die Eindämmung dieser Problemlagen hat fast die Hälfte des Streifenkontingents gebunden. Da es trotz der hohen Präsenz von Polizei und Stadtpolizei nicht möglich ist, in diesen Bereichen sämtliche Rechtsverstöße abzuwenden, werden hier auch in Zukunft verstärkte Maßnahmen notwendig sein.

Da die Streifengänge im Innenstadtbereich und im Bahnhofsviertel fast ausschließlich zu Fuß erfolgen, hat sich auch der Anteil der Fußstreifen am Gesamtstreifenaufkommen deutlich erhöht. Da Motor- und Fahrräder an diesen Orten nur selten ein zielführendes Einsatzmittel darstellen, haben sich die Streifenstunden in diesen Segmenten entsprechend reduziert.

Fußstreifen – Streifengänge in den Stadtteilen

Jahr	Entwicklung der Fußstreifenstunden am Gesamtstreifenaufkommen:	Anteil aller Streifen im Innenstadt-/Bahnhofsgebiet:
2010:	28,0%	34,4%
2011:	27,9%	35,9%
2012:	31,4%	32,0%
2013:	36,1%	33,7%
2014:	41,9%	37,5%
2015:	42,3%	34,7%
2016:	44,3%	36,0%
2017:	48,4%	48,2%

Streifenstunden	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**74.386**	**74.308**	**74.188**	**71.328**	**75.807**	**75.228**	**68.479**	**70.300**
- davon mit Kfz.	50.355	51.109	48.620	43.657	42.153	41.259	37.318	35.626
- davon zu Fuß	20.832	20.698	23.268	25.784	31.748	31.823	30.348	34.042
- davon mit Motorrad, Fahrrad, Sicherheits- mobil	3.199	2.501	2.300	1.887	1.906	2.146	813	631
Streifenstunden Innenstadt / Bahnhofsgebiet	25.567	26.709	23.752	24.071	28.428	26.140	24.629	33.903
Streifenstunden in den Stadtteilen	48.819	47.599	50.436	47.257	47.379	49.088	43.850	36.397



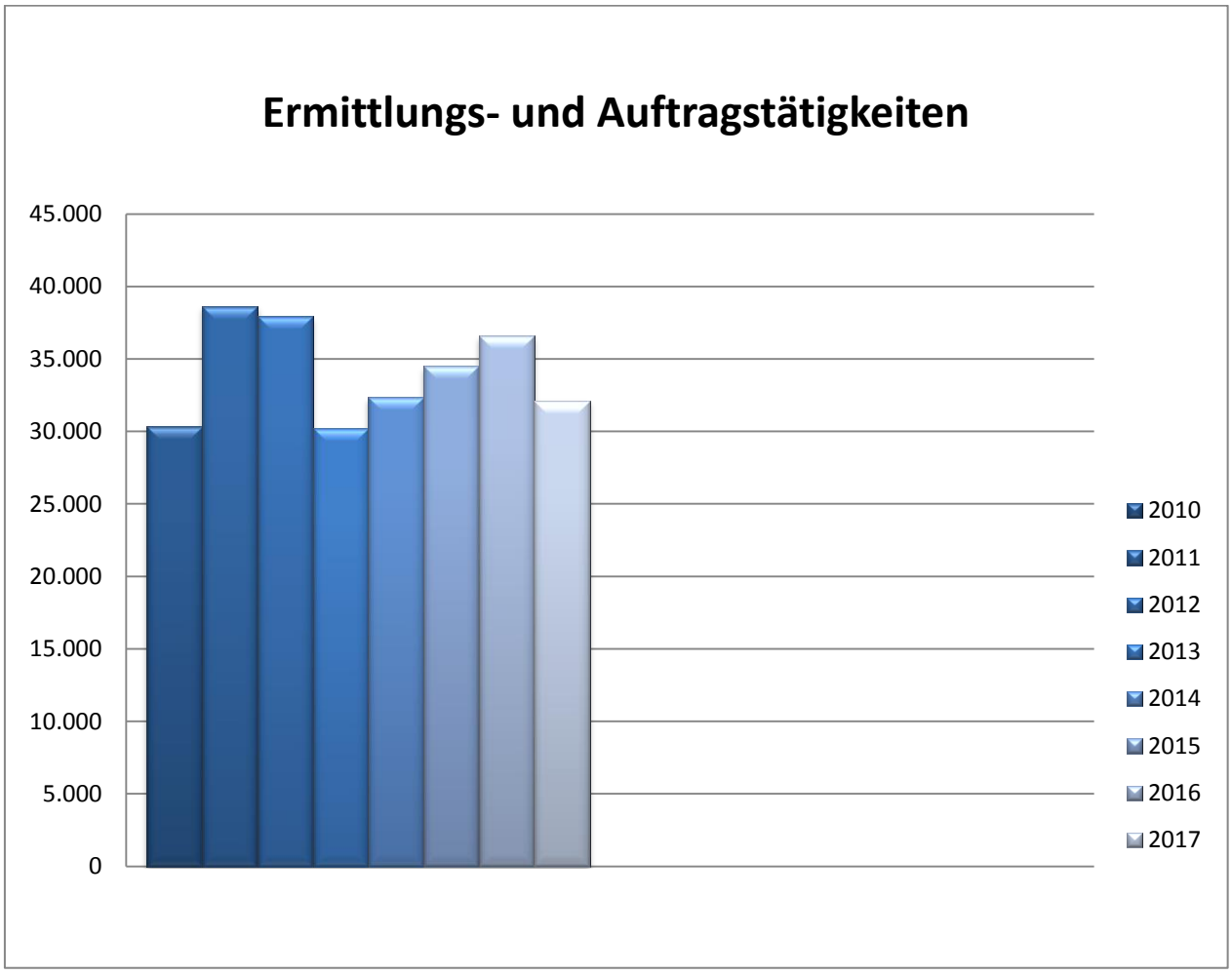
Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten

Neben den klassischen Streifentätigkeiten nimmt die Stadtpolizei auch Überwachungsaufgaben wahr, die in ziviler Kleidung durchgeführt werden. Diese fallen vor allem in den Bereichen der Gewerbekontrollen und bei Kontrollmaßnahmen nach dem Aufenthaltsgesetz, aber auch im Rahmen allgemeiner Wohnsitz- und Kfz-Ermittlungen an.

Im Bereich der Gewerbekontrollen, insbesondere hinsichtlich der Verstöße nach der Sondernutzungssatzung, wurden wegen anderer Aufgabenschwerpunkte deutlich weniger Überprüfungen durchgeführt. Das wirkt sich maßgeblich und unmittelbar auf die „Auftrags- und Ermittlungsstunden“ aus.

Die Rückgänge bei den Kfz-Ermittlungen sind der Tatsache geschuldet, dass aus Effizienzgründen die Anzahl der Kontrollen reduziert wurde, bevor eine Anzeige nach dem Pflichtversicherungsgesetz gefertigt werden kann. Es besteht nach wie vor ein hoher Handlungsbedarf, weil es immer noch eine Vielzahl von Fahrzeughaltern gibt, die – trotz empfindlicher Strafen – Fahrzeuge nicht ordnungsgemäß versichern.

Ermittlungs- und Auftragstätigkeiten	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
in Stunden	30.378	38.653	37.901	30.180	32.360	34.495	36.595	32.122



Fallzahlen
nach Aufgabenbereichen

Kfz- und Wohnsitzermittlungen

Die Stadtpolizei nimmt in den nachstehenden Fällen die Wohnsitzermittlungen für andere Behörden wahr, so dass sich die Anzahl aus den zugelieferten Überprüfungsanträgen ergibt. Insgesamt ist ein Rückgang der Fallzahlen zu verzeichnen.

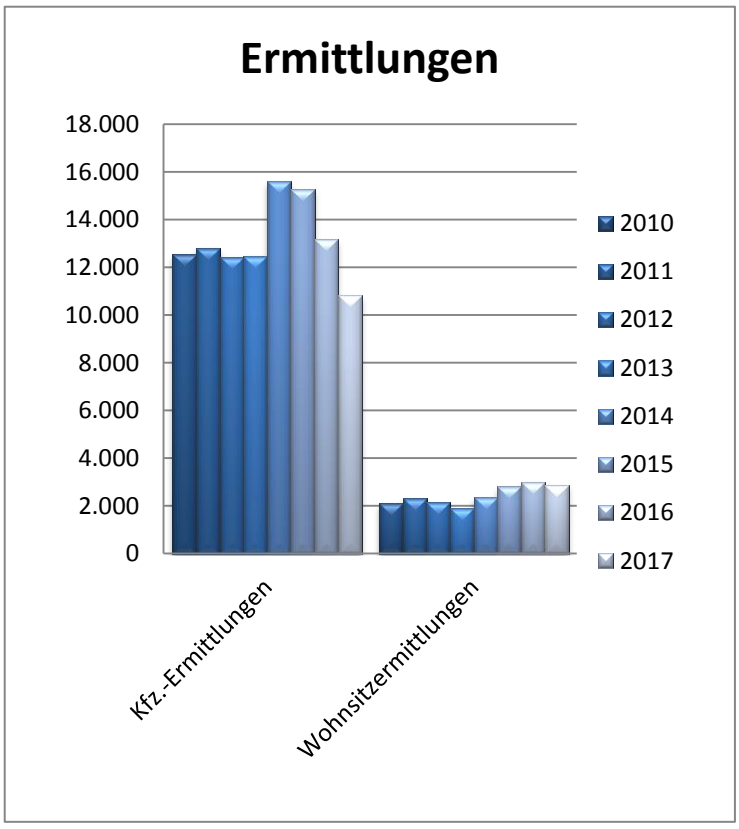
Gleiches trifft auch auf den Rückgang bei den Kfz-Ermittlungen zu. Hierbei ist der Umstand zu berücksichtigen, dass nach Abstimmung mit den Justizbehörden die Anzahl der zwingend durchzuführenden Nachermittlungen reduziert wurde.

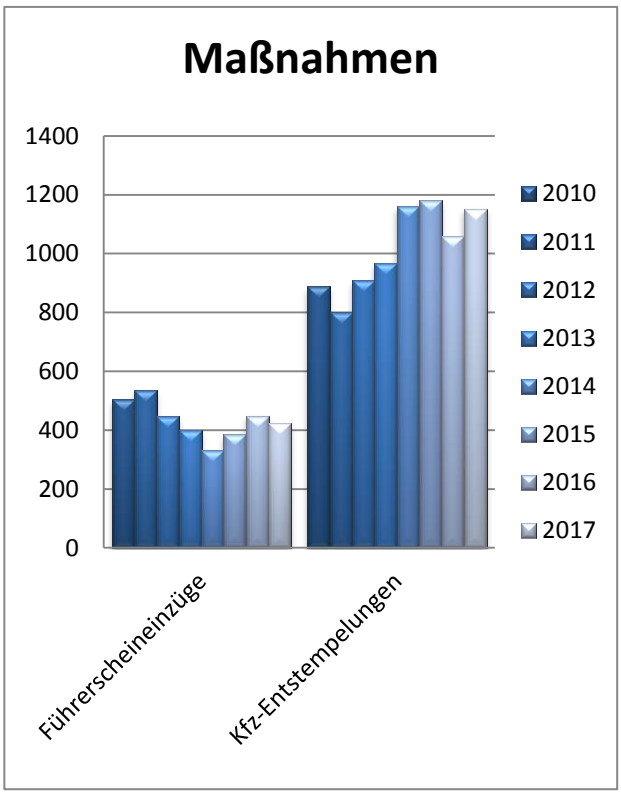
Ermittlungen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**14.645**	**15.117**	**14.562**	**14.364**	**17.955**	**18.068**	**16.163**	**13.687**
Kfz-Ermittlungen*	12.528	12.807	12.432	12.476	15.602	15.252	13.159	10.814
Wohnsitz-ermittlungen	2.117	2.310	2.130	1.888	2.353	2.816	3.004	2.873

** inkl. Nachermittlungen*

Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**1.391**	**1.335**	**1.354**	**1.365**	**1.491**	**1.736**	**1.505**	**1.576**
Führerscheineinzüge	504	535	446	398	331	385	447	424
Zwangsweise Außerbetriebsetzung von Kfz.	887	800	908	967	1.160	1.181	1.058	1.152

** inkl. Nachermittlungen*





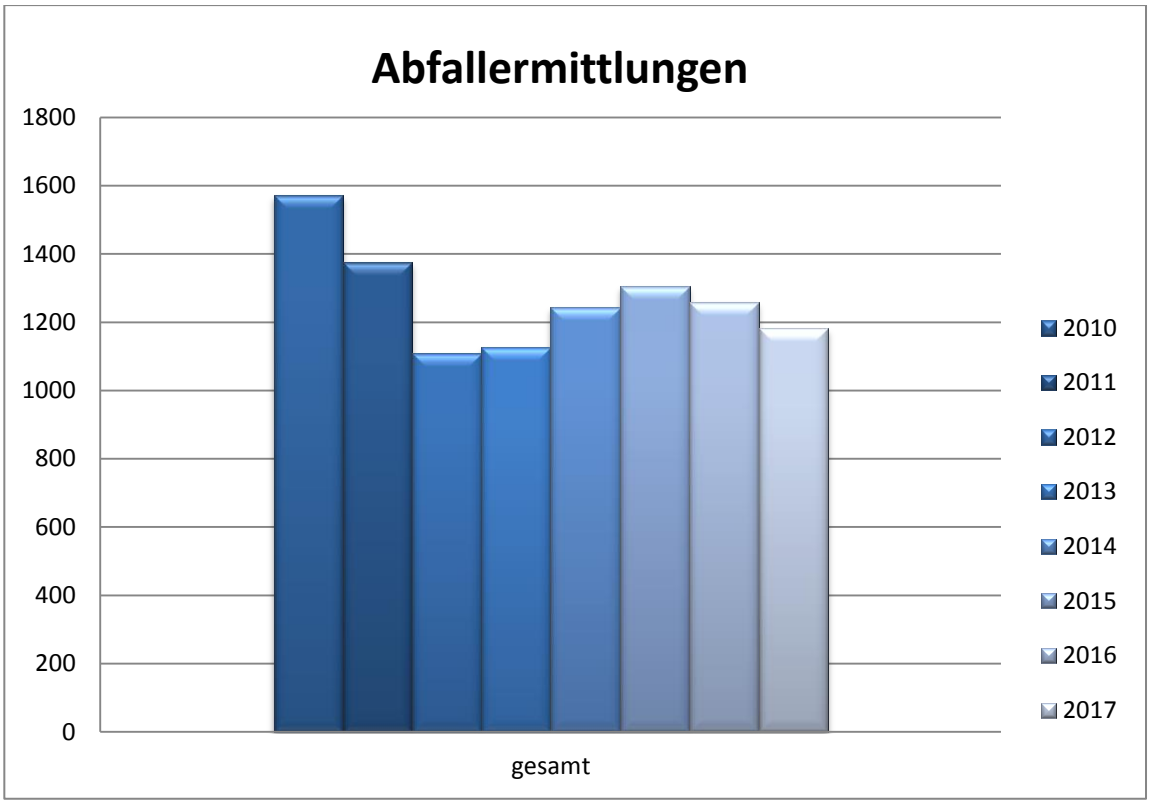
Umwelt- und Naturschutz, Abfallrecht

Die Zahl der Abfallermittlungen ist weiter rückläufig, weil die Anzahl der Hinweise durch die Bürgerinnen und Bürger deutlich zurückgegangen ist.

Dieses spiegelt sich in den registrierten Hinweisen am Sicherheitstelefon zu diesem Themenfeld wider. Dort ist ein noch stärkerer Rückgang (- 30 %) zu verzeichnen.

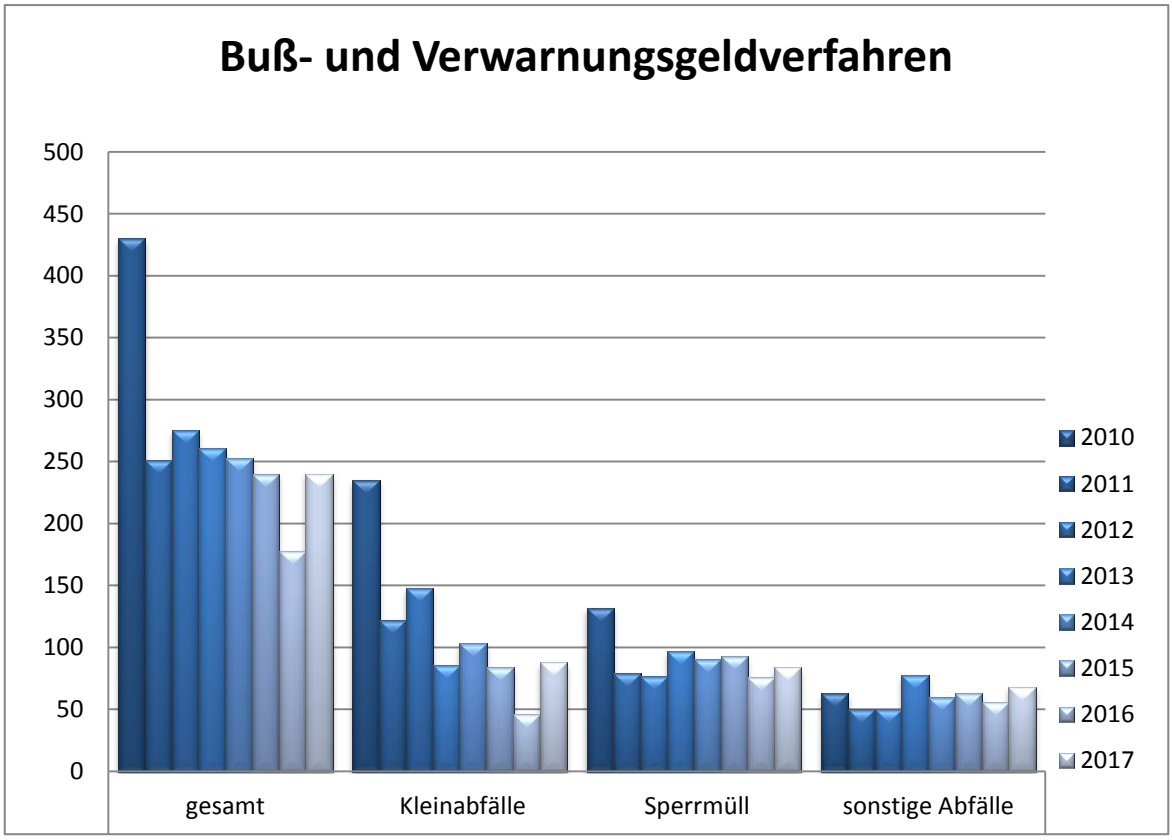
Die im Vergleich hierzu höhere Anzahl der durchgeführten Abfallermittlungen beruht auf eigenen Feststellungen und Ermittlungen durch den Außendienst.

Abfallermittlungen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	1.571	1.375	1.109	1.126	1.243	1.306	1.259	1.181



Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt, davon	**430**	**251**	**275**	**261**	**253**	**240**	**178**	**240**
- Kleinabfälle	235	122	148	86	103	84	46	88
- Sperrmüll	132	79	77	97	90	93	76	84
- sonstige Abfälle	63	50	50	78	60	63	56	68

Die eingeleiteten Buß- und Verwarnungsgeldverfahren sind wieder auf das Niveau der Vorjahre gestiegen. Der stärkste Anstieg ist bei den Kleinabfällen, vornehmlich in der verstärkt überwachten Innenstadt, zu verzeichnen.

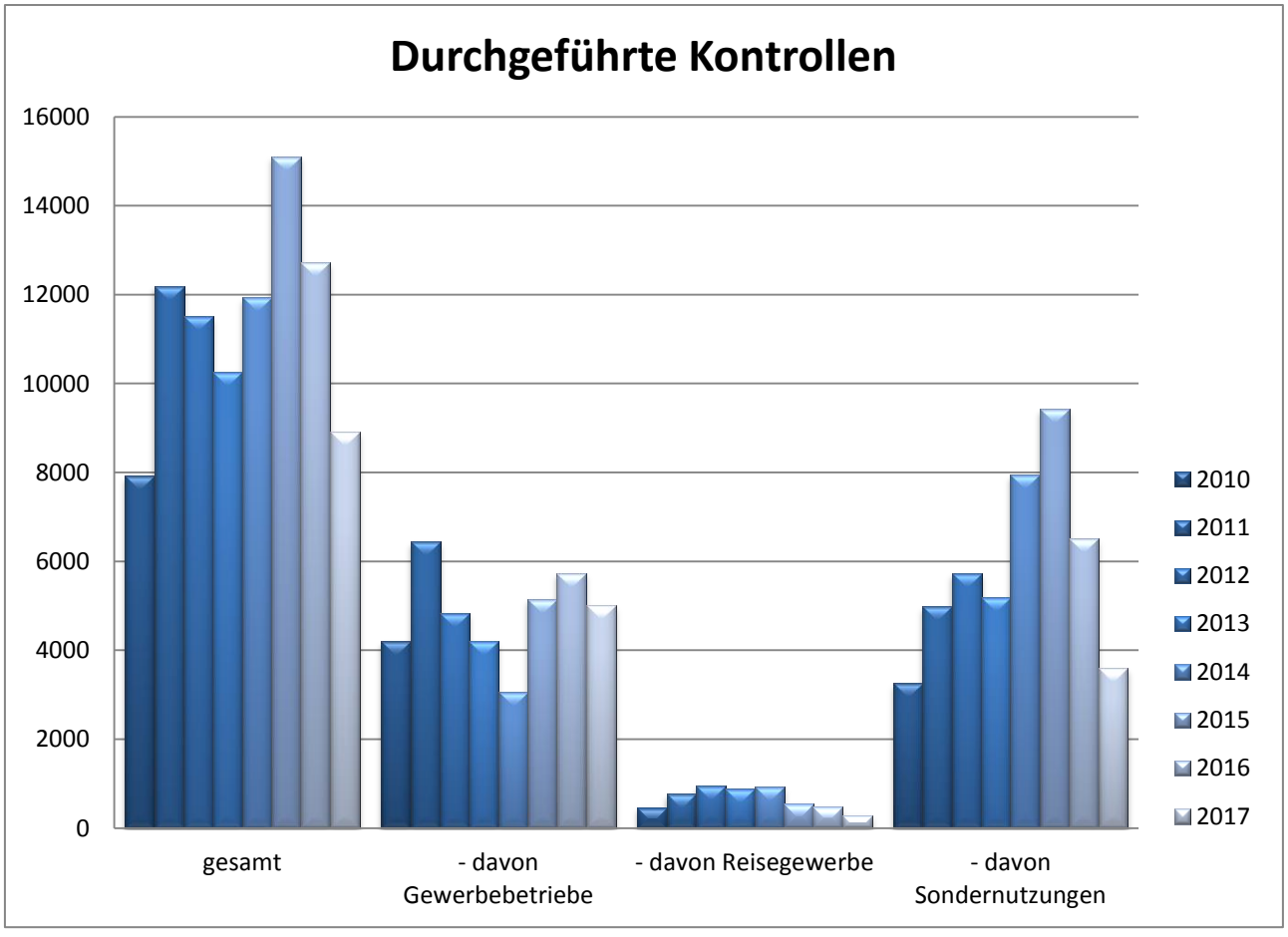


Gewerbeüberwachung und Sondernutzungskontrollen

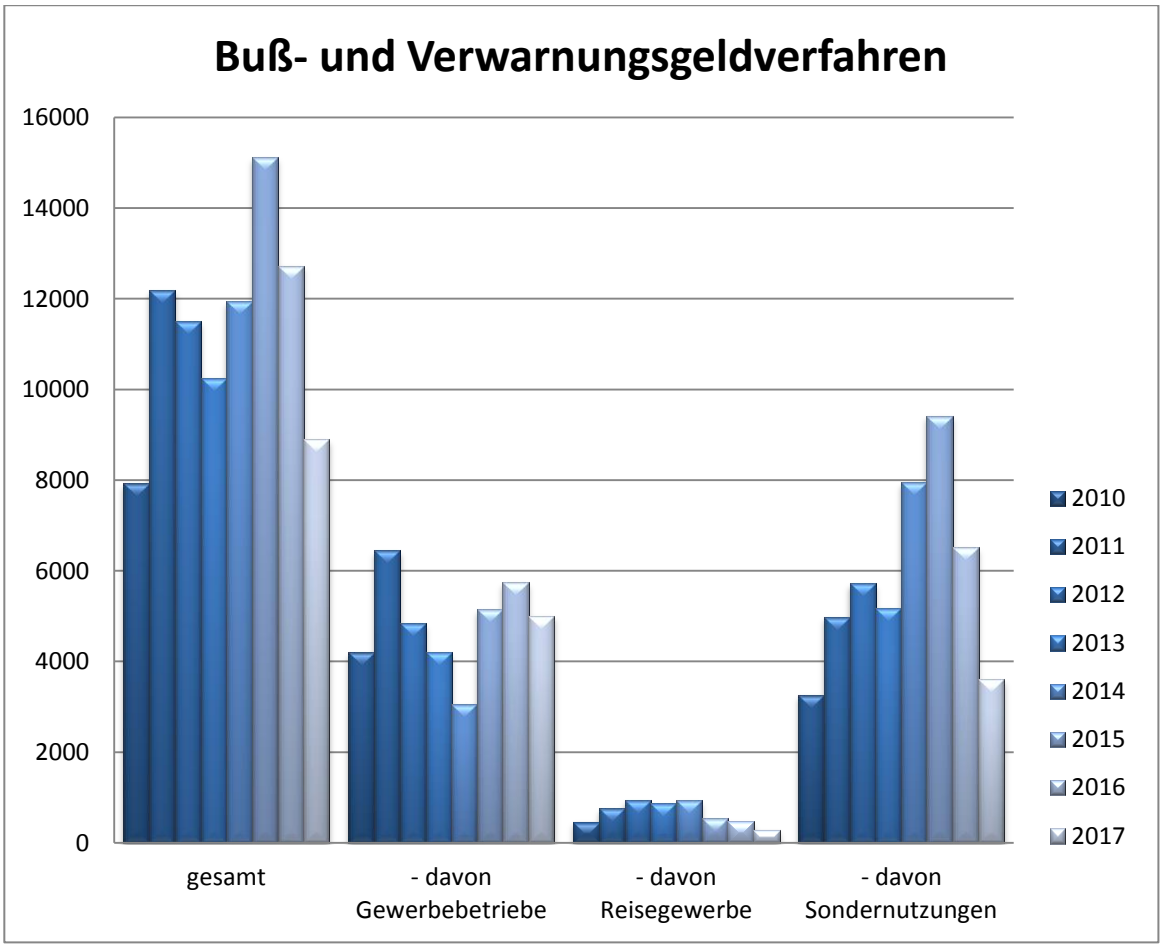
Der Rückgang der Fallzahlen ist auf die Priorisierung der Aufgabenschwerpunkte im Bereich der Innenstadt, insbesondere des Bahnhofsgebiets, zurückzuführen. Aufgrund dessen wurden die Sondernutzungskontrollen reduziert.

Trotz des Rückgangs der Fallzahlen von kontrollierten Gewerbebetrieben und Reisegewerbetreibenden ist die Anzahl der Bußgeldverfahren auf gleichem Niveau geblieben. Dies ist auf eine Schwerpunktsetzung der Überprüfung von Geldspielgeräten in Gaststättenbetrieben zurückzuführen, was gleichzeitig mit einem Anstieg der Feststellung von Verstößen und damit eingeleiteten Bußgeldverfahren einherging.

Durchgeführte Kontrollen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt, davon	**7.926**	**12.192**	**11.507**	**10.261**	**11.941**	**15.115**	**12.725**	**8.903**
- Gewerbe-betriebe	4.200	6.443	4.839	4.201	3.057	5.150	5.738	5.007
- Reisegewerbe	462	764	945	876	935	545	474	291
- Sondernutzungen	3.264	4.985	5.723	5.184	7.949	9.420	6.513	3.605



Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt, davon	**1.118**	**2.052**	**2.325**	**2.061**	**2.430**	**2.794**	**2.801**	**1.822**
- Gewerbebetriebe	524	957	1.032	697	493	721	789	790
- Reisegewerbe	86	161	221	175	152	42	62	80
- Sondernutzungen	508	934	1.072	1.189	1.785	2.031	1.950	952



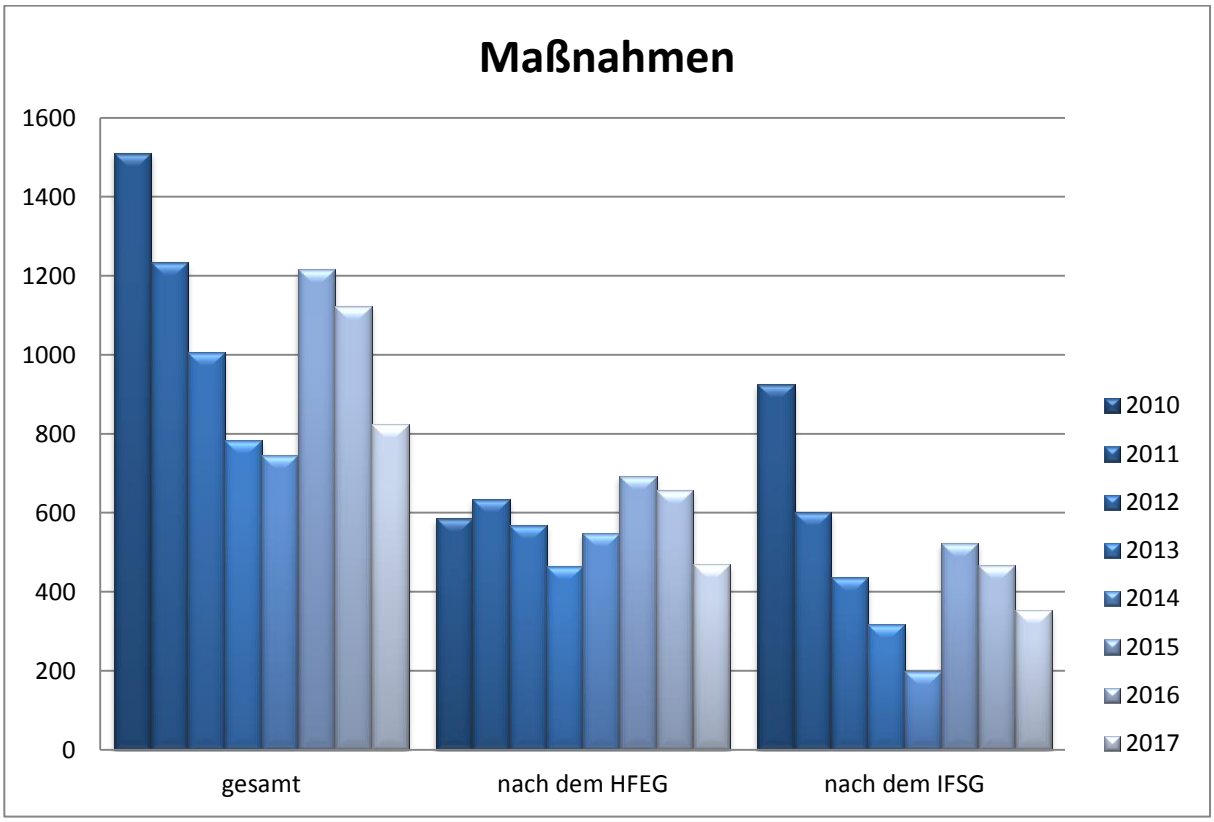
Gesundheitsaufsicht

Die Anzahl der Maßnahmen gegen Personen, die für sich oder Andere eine Gefahr darstellen, resultiert aus den Hinweisen durch die Bevölkerung, der Landespolizei, der Sozialämter oder der Gerichte und ist insofern nicht steuerbar.

Zum 01.08.2017 wurde das Hessische Freiheitsentziehungsgesetz (HFEG) durch das Gesetz über Hilfen für psychisch Kranke (PsychKHG) abgelöst. Dies hatte jedoch keine Auswirkungen auf die Fallzahlen.

Auch die Maßnahmen nach dem Infektionsschutzgesetz resultieren aus Hinweisen Dritter und waren im vergangenen Jahr weiter rückläufig.

Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**1.511**	**1.235**	**1.005**	**782**	**745**	**1.216**	**1.123**	**823**
nach dem HFEG/Psych-KHG	586	634	569	465	547	693	656	470
nach dem IFSG	925	601	436	317	198	523	467	353



Aufenthaltsrecht und illegale Beschäftigung

Die Ermittlungen zur Feststellung von Scheinehen sind wieder angestiegen, da einzelne Flüchtlinge nach rechtskräftiger Ablehnung des Asylverfahrens versuchen, ihren weiteren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland durch eine Eheschließung oder eine eingetragene Lebenspartnerschaft zu sichern.

Die Zahl der eingeleiteten Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz ist stark angestiegen, da viele Asylbewerber nach rechtskräftiger Ablehnung ihres Asylverfahrens der Verpflichtung zur Ausreise nicht nachkommen. Auch werden verstärkt im Rahmen von Kontrollmaßnahmen der Stadtpolizei Verstöße gegen das Aufenthaltsgesetz festgestellt.

Ein weiterer Anstieg ist bei den Strafverfahren gegen Arbeitgeber wegen illegaler Beschäftigung nichtdeutscher Staatsangehöriger gegeben. Der Großteil dieser Verstöße wird bei Kontrollen in Gaststätten festgestellt. Nach wie vor ist hierbei auch der Anteil an Ausländern hoch, die in einem anderen EU-Land über eine Aufenthaltserlaubnis verfügen, somit in der Bundesrepublik Deutschland lediglich einen „Touristenstatus“ besitzen und aus diesem Grund keiner Erwerbstätigkeit nachgehen dürfen.

Die Anzahl an Abschiebungen durch die Stadtpolizei ist leicht gesunken. Dies ist darauf zurückzuführen, dass viele ausreisepflichtige Ausländer nicht über die notwendigen Legitimationspapiere verfügen oder ihre Herkunft nicht einwandfrei geklärt ist. In aller Regel wird bei diesem Personenkreis eine Duldung erteilt. Einige der Flüchtlinge nehmen auch das Angebot der Ausländerbehörde wahr und reisen freiwillig aus oder tauchen unter, um sich der Maßnahme der Abschiebung zu entziehen.

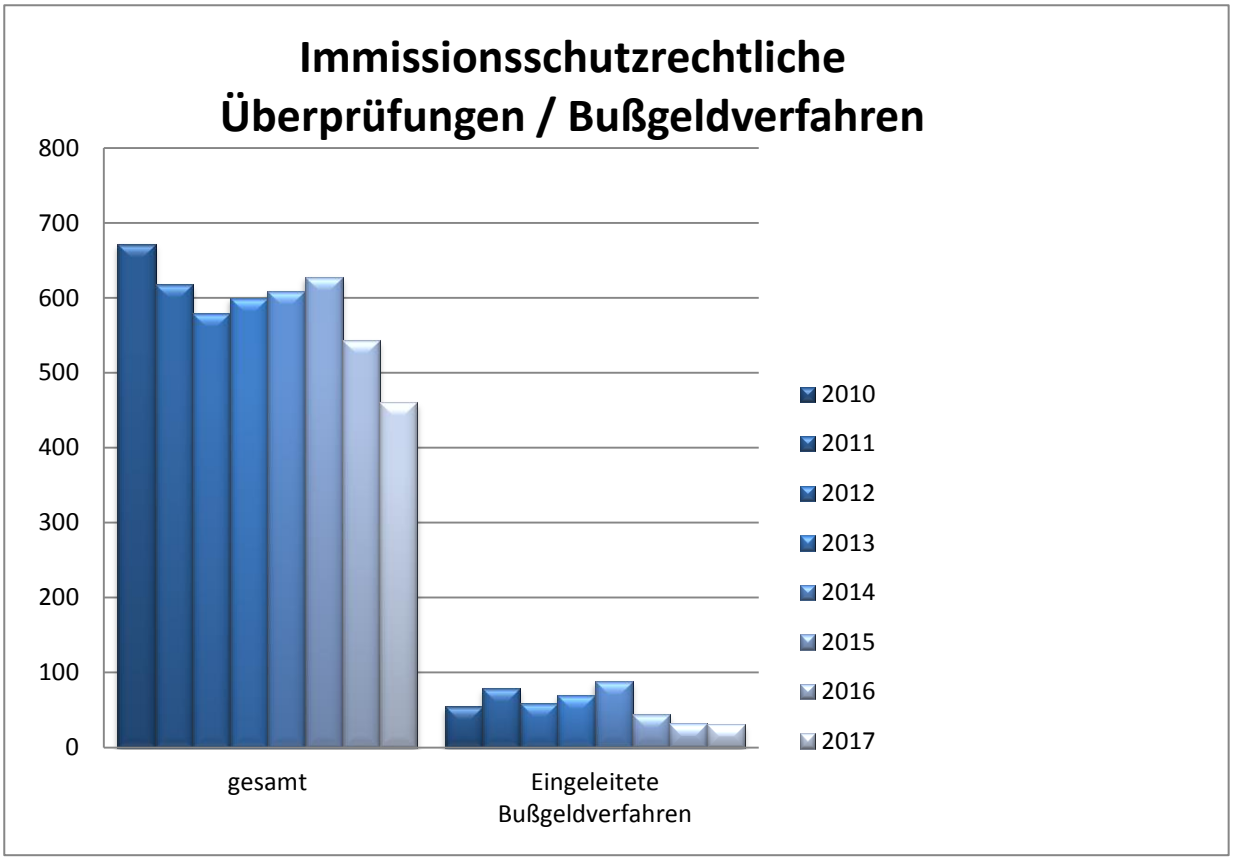
Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**1.072**	**896**	**781**	**801**	**729**	**636**	**683**	**816**
Ermittlungen zur Feststellung von Scheinehen	136	90	56	65	91	67	37	67
Eingeleitete Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz	651	466	346	437	441	449	485	583
Strafverfahren gegen Arbeitgeber/-innen wg. illegaler Beschäftigung nichtdeutscher Staatsangehöriger	25	54	78	93	67	37	64	91
Abschiebungen durch die Stadtpolizei	260	286	301	206	130	83	97	75

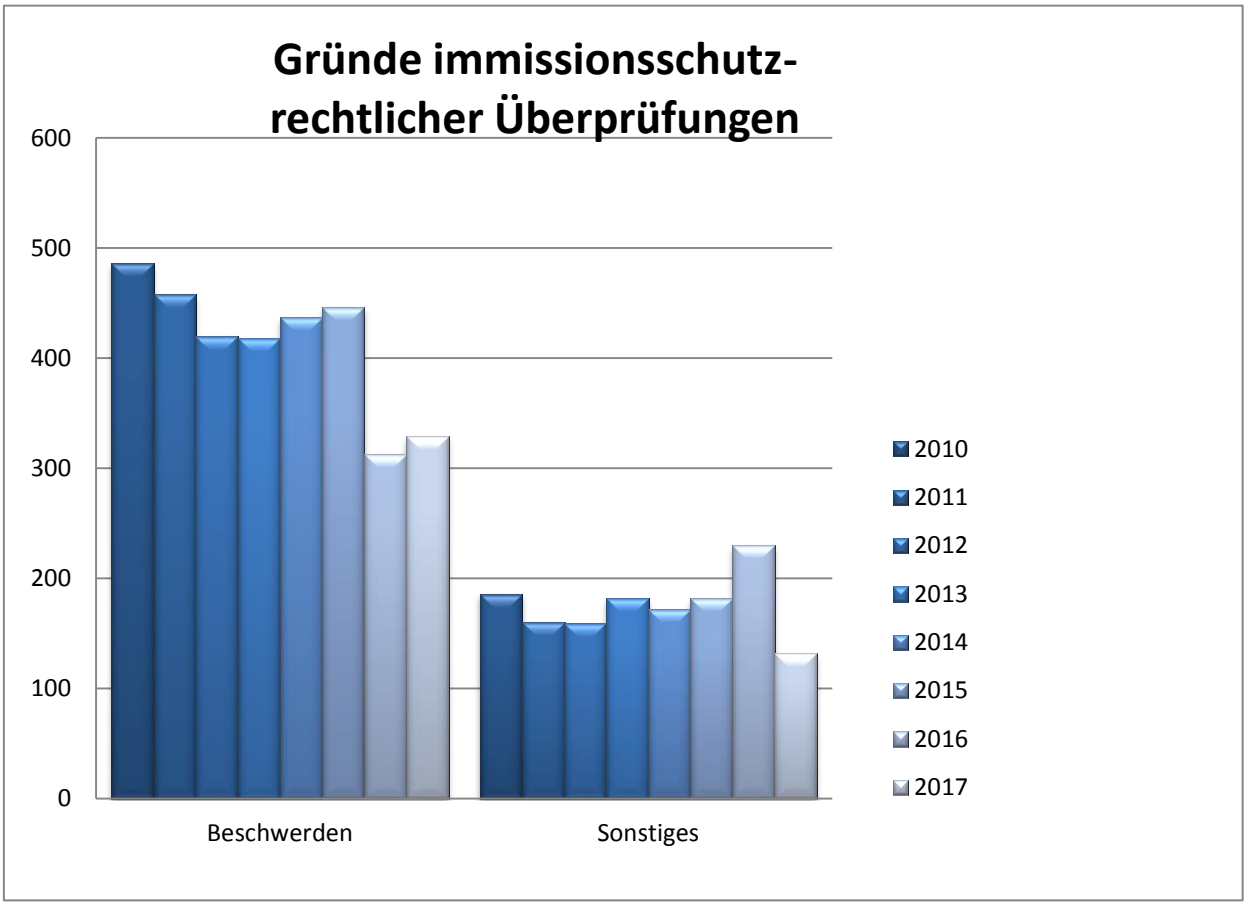
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen

Die Gesamtzahl der immissionsschutzrechtlichen Überprüfungen in Gaststätten ist mit 461 Vorgängen im Vergleich zum Vorjahr leicht gefallen.

Die nachhaltige Kontrolltätigkeit, insbesondere in Shisha-Bars, spiegelt sich im langfristigen Vergleich der eingeleiteten Bußgeldverfahren wider. Waren bis 2014 bis zu 50 % der überprüften Betriebe auffällig, konnte diese Quote deutlich reduziert werden. Gegenüber dem Vorjahr ist allerdings festzustellen, dass dieses Verhältnis sich wieder verschlechtert hat. Dies ist Anlass, auch künftig konsequente Kontrollmaßnahmen in diesem Bereich durchzuführen.

Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen in Gaststätten	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**672**	**618**	**579**	**600**	**609**	**628**	**543**	**461**
aufgrund von Beschwerden	486	458	420	418	437	446	313	329
Bauvorprüfungsverfahren, Shisha-Bars, Präventivkontrollen etc.	186	160	159	182	172	182	230	132
Eingeleitete Bußgeldverfahren	55	79	59	70	88	45	32	31
Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen bei Veranstaltungen	62	56	86	95	97	77	83	72


Immissionsschutzrechtliche Überprüfungen / Bußgeldverfahren
800
700
600
500
400
300
200
100
0
gesamt
Eingeleitete Bußgeldverfahren
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017

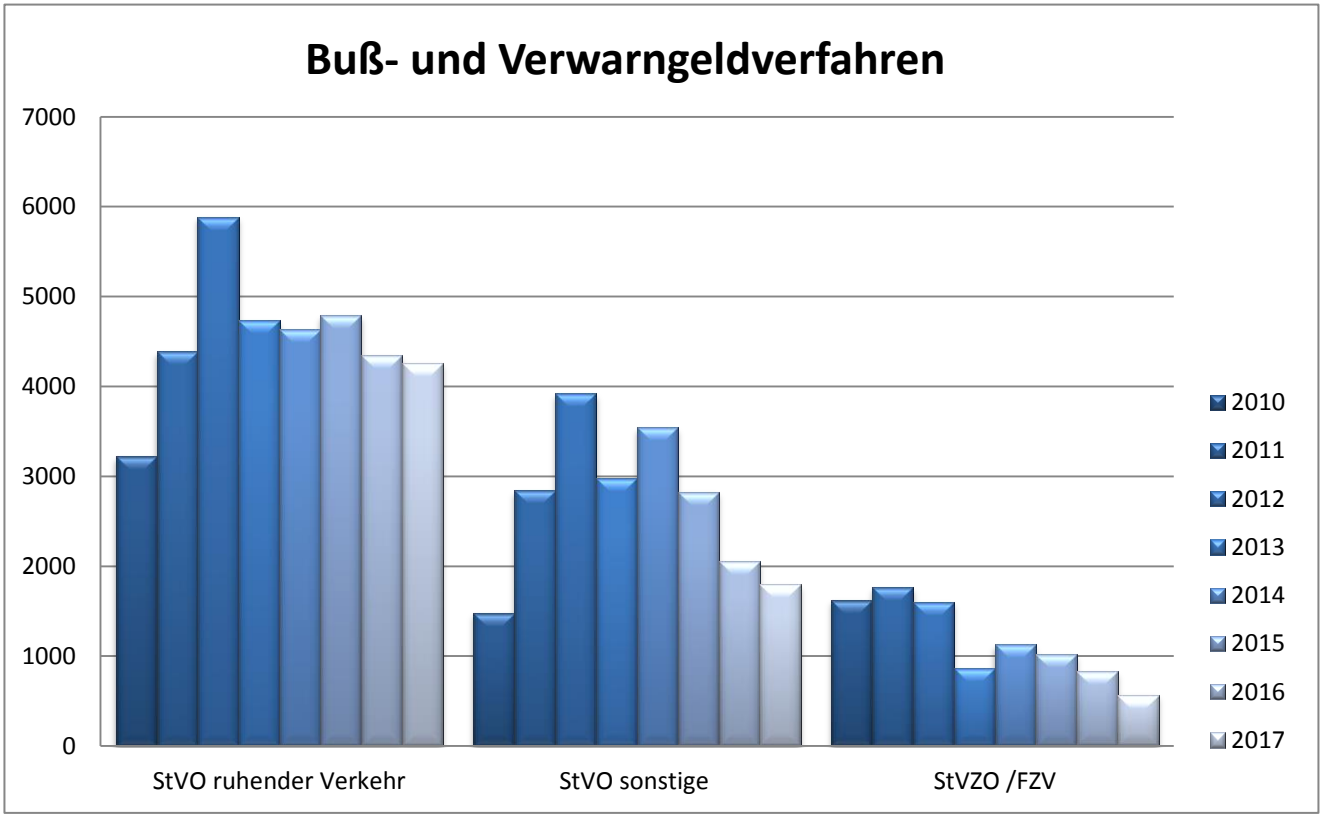

Gründe immissionsschutz-rechtlicher Überprüfungen
600
500
400
300
200
100
0
Beschwerden
Sonstiges
2010
2011
2012
2013
2014
2015
2016
2017

Besondere Tätigkeiten und Einsatzmaßnahmen

Verstöße rund ums Auto

Auch in dieser Rubrik sind die Auswirkungen der verstärkten Kontrollmaßnahmen im Innenstadtbereich/Bahnhofsgebiet deutlich spürbar. Zugunsten der in diesem Bereich stark erhöhten Fußstreifen haben sich die Kfz.-Streifen und auch die Fußstreifen in anderen Teilen Frankfurts zwangsläufig reduziert. Dadurch erklären sich die rückläufigen Zahlen in den Bereichen „Falschparken auf Feld- und Forstwegen“ sowie „StVO sonstige“.

Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Ruhender Verkehr (Falschparken), davon:	**3.224**	**4.391**	**5.888**	**4.738**	**4.637**	**4.788**	**4.343**	**4.260**
- im öffentlichen Straßenverkehr	2.574	2.854	3.609	2.451	2.224	2.828	2.049	2.522
- in Grünanlagen	355	1.035	1.575	1.503	1.273	1.019	831	804
- auf Feld- und Forstwegen	295	502	704	784	1.140	941	1.463	934
StVO sonstige (ohne Führerschein, Telefonieren, Feinstaubplakette usw.)	1.482	2.847	3.919	2.977	3.545	3.182	2.503	1.796
StVZO/FZV (entstempelte Kfz., Fahrzeugmängel usw.)	1.625	1.769	1.603	863	1.131	1.346	926	571



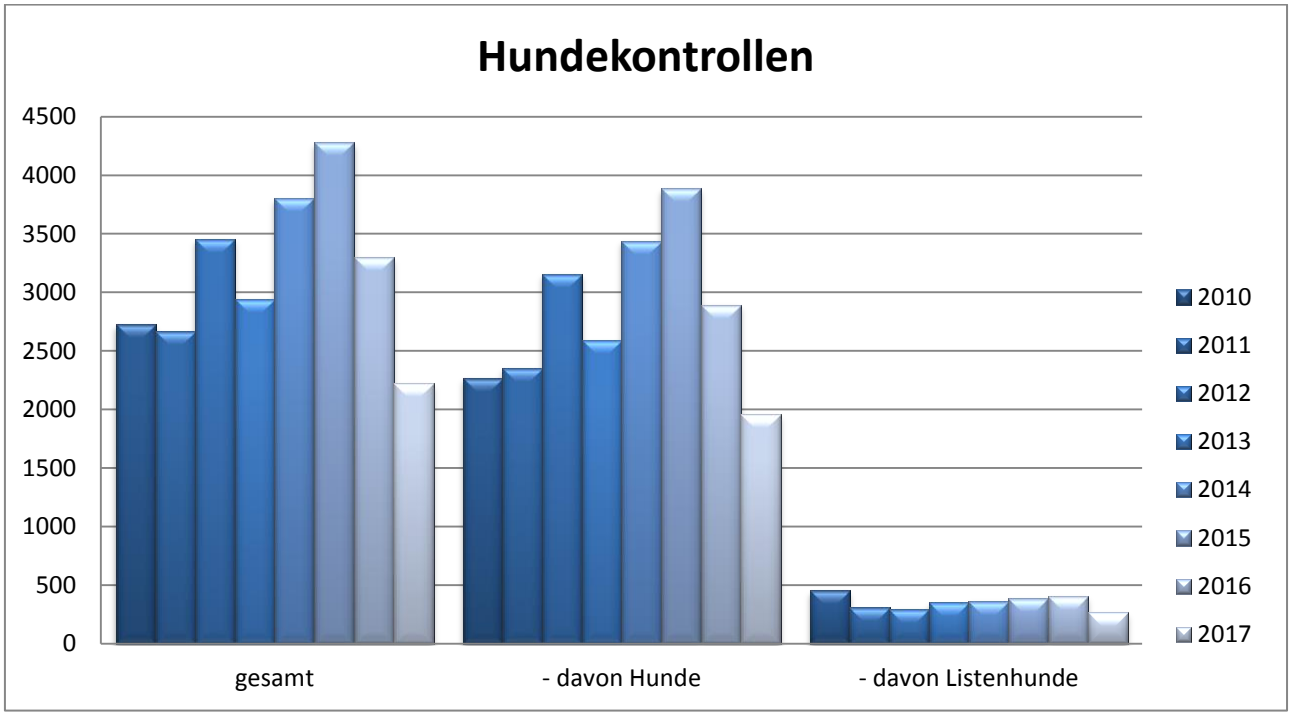
Kontrollen von Hunden und gefährlichen Hunden

In Frankfurt am Main sind derzeit etwa 17.700 Hunde registriert.

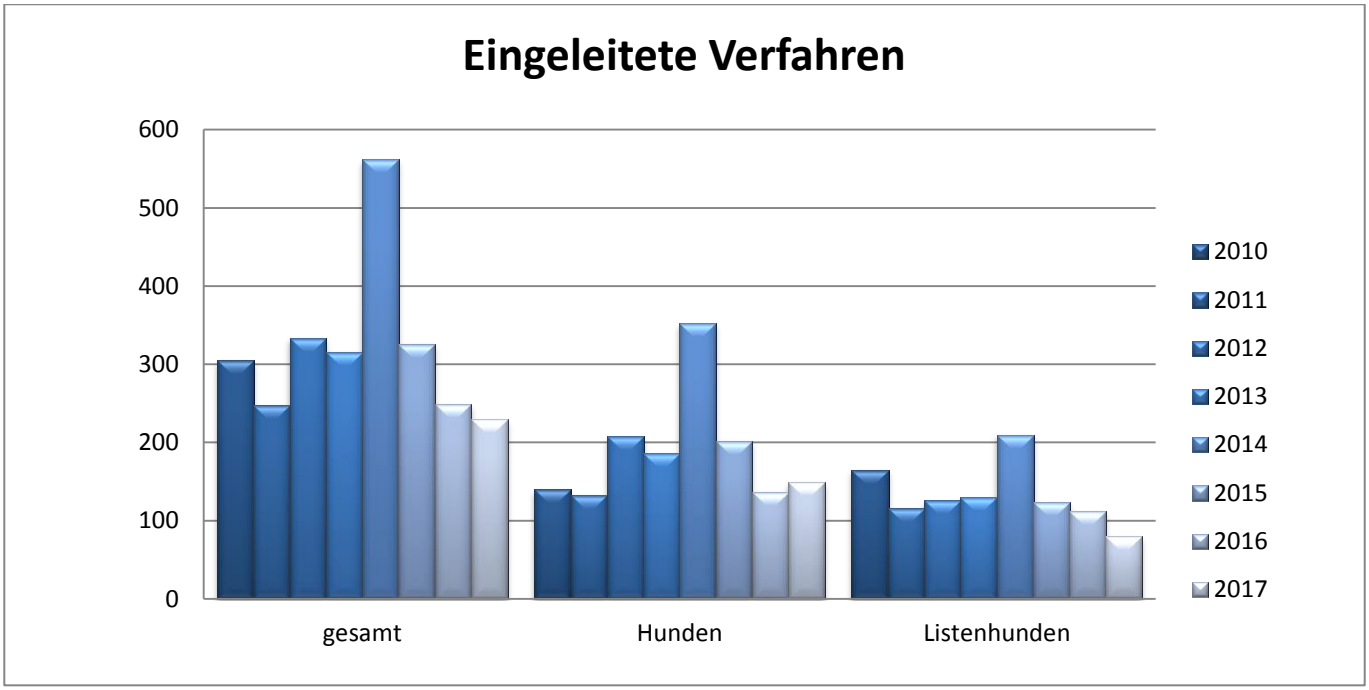
Die Kontrollen von Hunden wurden durch die Verlagerung der Aufgabenschwerpunkte reduziert. Im Fokus der Kontrollen standen weiterhin die Listenhunde.

Hier ist zwar ein Rückgang der eingeleiteten Verfahren zu verzeichnen, gleichwohl gibt der leichte Anstieg der Beanstandungsquote Anlass, auch künftig den Fokus auf die Listenhunde zu richten.

Hundekontrollen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt, davon	**2.724**	**2.667**	**3.455**	**2.944**	**3.804**	**4.279**	**3.298**	**2.222**
- Hunde	2.269	2.356	3.158	2.593	3.441	3.889	2.892	1.956
- Listenhunde	455	311	297	351	363	390	406	266



Eingeleitete Buß- und Verwarnungsgeldverfahren gegen Halter/-innen bzw. Führer/-innen von	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**305**	**248**	**334**	**316**	**562**	**326**	**249**	**230**
Hunden	140	132	208	186	352	202	137	150
Listenhunden	165	116	126	130	210	124	112	80



Beanstandungsquote in % (Bußgeldverfahren/Kontrollen)	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Halter/innen von Hunden	6,2	5,6	6,6	7,2	10,2	5,2	4,7	7,7
Halter/innen von Listenhunden	36,3	37,3	42,4	37,0	57,9	34,2	27,6	30,1

Sicherstellungen von Hunden	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Sicherstellungen gesamt	96	82	68	82	71	68	53	48

Waffenkontrollen

Die Vervollständigung des zentralen nationalen Waffenregisters und die damit einhergehende Bereinigung des Waffenbestandes ist nahezu abgeschlossen. Daraus ergibt sich, dass weniger Kontrollen der Waffenbesitzer notwendig sind.

Die Beanstandungsquote ist trotz des Rückgangs an Kontrollen vergleichsweise hoch. Im Berichtszeitraum wurden vermehrt Waffenbesitzer festgestellt, die Defizite in Hinblick auf die gesetzlich vorgeschriebene sachgerechte Verwahrung von Schusswaffen erkennen ließen.

Waffenkontrollen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt, davon	**167**	**199**	**172**	**44**	**81**	**188**	**320**	**265**
ohne Beanstandungen	161	196	164	43	77	139	262	145
mit Beanstandungen	6	3	8	1	4	49	58	80

Freiwillige Abgabe von Waffen/Munition	2010*	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Langwaffen	-	38	66	37	49	135	64	43
Kurzwaffen	-	22	76	41	44	95	105	66
Munition (in Schuss)	-	2.000	7.300	10.266	3.011	17.909	11.547	6.394

** Die Erfassung erfolgt seit dem Jahr 2011*

Testkäufe Alkohol

In Zusammenarbeit von Stadtpolizei, Präventionsrat sowie Jugend- und Sozialamt werden seit 2014 in Frankfurt am Main Alkohol-Testkäufe mit Jugendlichen durchgeführt.
In jeweils ausgewählten Stadtteilen werden Jugendliche eingesetzt, die in Lebensmittelmärkten, Kiosken, Tankstellen und sonstigen Verkaufsstellen Alkohol erwerben wollen. Dabei werden sie durch besonders ausgebildete Stadtpolizisten begleitet.

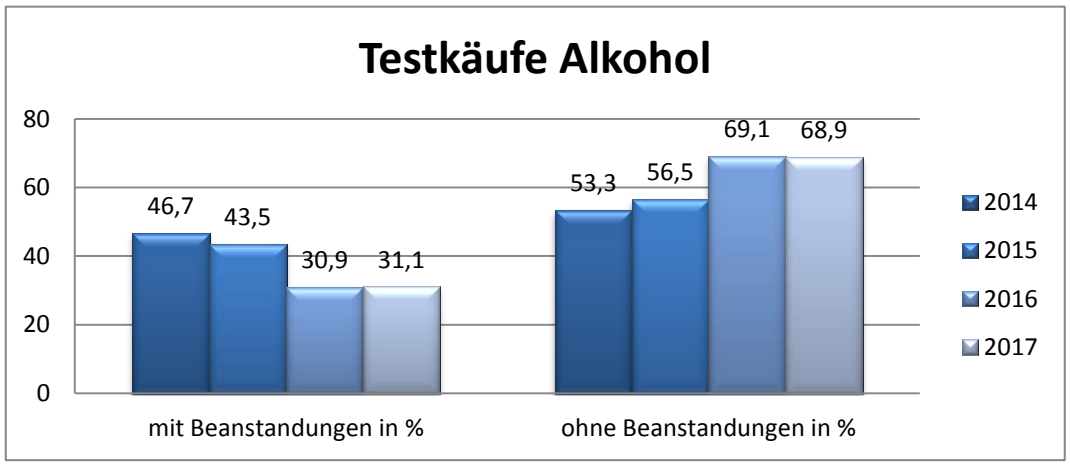
In einem speziellen Schulungskonzept, durchgeführt durch das Referat 33, werden die Jugendlichen intensiv auf die Testkäufe vorbereitet; bei den Einsätzen wird streng darauf geachtet, dass die Jugendlichen altersgerecht wirken, nicht den Verkauf von Alkohol provozieren und ihr Alter auf Nachfrage der Verkäufer korrekt angeben.

Die Ziele der „Testkäufe Alkohol“ sind Prävention, Aufklärung, Sensibilisierung und die nachhaltige Verbesserung hinsichtlich der illegalen Abgabe von Alkohol an Jugendliche.

Im Jahr 2014 lag die Beanstandungsquote der durchgeführten Erst- und Nachkontrollen noch bei 47%. Bei den Erstkontrollen alleine hielten sich sogar 60% der Verkäufer/innen nicht an das Jugendschutzgesetz. Die Fallzahlen aus den Jahren 2016 und 2017 belegen, dass nur noch 31% des Verkaufspersonals das Jugendschutzgesetz missachteten (Erst- und Nachkontrollen zusammengenommen). Faktisch hat sich die Quote der devianten Verkäuferinnen und Verkäufer zu Gunsten des Jugendschutzes um ein Drittel abgesenkt. Bei den Nachkontrollen 2017 alleine wurde sogar eine Beanstandungsquote von nur noch 7 % festgestellt.
Das Ergebnis spricht für eine nachhaltige positive Verhaltensänderung der Gewerbetreibenden und deren Mitarbeiter/innen.

Gegenüberstellung 2014 - 2017 in Zahlenwerten gesamt:

Testkäufe Alkohol	2014	2015	2016	2017
Kontrollen gesamt	152	161	162	180
Beanstandungen	71	70	50	56
Ohne Beanstandungen	81	91	112	124



Besondere Einsatzmaßnahmen

Räumung des Lagers in der Gutleutstraße 332 am 21.02.2017

Im Zuge der Migration von Rumänen und Bulgaren nach Frankfurt am Main kam es in den letzten Jahren zu einem stetigen und deutlichen Anstieg von auf der Straße lebenden Personen, die keiner geregelten Arbeit nachgingen. Sämtliche Angebote der Stadt Frankfurt zur Unterbringung dieser Personen scheiterten, stattdessen errichteten diese in der Gutleutstraße 332 auf einem verlassenen Industriegelände mehr und mehr Behausungen aus einfachsten Materialien, die sie im gesamten Stadtgebiet zusammengesammelt hatten.

Zum Anfang des Jahres 2017 wurde eine Zahl von über 30 selbst errichteten Verschlägen/Hütten erreicht, was zu einer umfangreichen Berichterstattung in den Medien über die dort herrschenden Zustände führte. Die in der Nachbarschaft des Geländes lebenden Anwohner schalteten die Politik ein und reklamierten Gefahren und Straftaten, die von den Bewohnern der Brache ausgingen. Gleichzeitig wurde von verschiedenen Parteien und Organisationen über die Medien auf die unhaltbaren Umstände hingewiesen und Hilfe für die Bewohner der Brache gefordert.

Die Behausungen verfügten weder über Strom noch Wasser und auch sanitäre Einrichtungen waren nicht vorhanden. Hierdurch waren die dortigen Bewohner unzumutbaren Bedingungen ausgesetzt. Dennoch waren die Bewohner nicht dazu zu bewegen, die Hütten zu verlassen und in Obdachlosenunterkünfte umzuziehen. Gleichzeitig musste festgestellt werden, dass die Gefahren, insbesondere die Brandgefahren, die von den aus leicht brennbaren Stoffen errichteten Behausungen ausgingen, zunahmen.

In der Nacht vom 11. auf 12. Februar 2017 kam es zum Brand von mindestens 3 Behausungen in Folge eines sehr fahrlässigen Umgangs mit offenem Feuer. Nur das schnelle Einschreiten der Feuerwehr verhinderte ein weiteres Ausbreiten des Feuers und mögliche Personenschäden.

Aus diesen Gründen der akuten Gefahrenabwehr wurde in Abstimmung mit dem Sicherheitsdezernenten der Stadt Frankfurt die Räumung des Grundstückes durch die Stadtpolizei am 21.02.2017 durchgeführt.

Die Räumung des Geländes war so angelegt, dass einerseits die Gefahren, insbesondere die Brandgefahren für die dort errichteten Hütten, nachhaltig beseitigt und andererseits eine menschenwürdige Unterbringung der betreffenden Personen ermöglicht werden sollten.
Vor diesem Hintergrund wurden die Bewohner der Behausungen aufgefordert, diese zu verlassen. Das Sozialamt hatte eine Unterkunft, ebenfalls in der Gutleutstraße, für die Menschen organisiert, die VGF stellte einen Bus für deren Transport zur Verfügung und seitens der Stadtpolizei wurde eine Umzugsfirma damit beauftragt, den Besitz der Betroffenen zu deren Unterkunft zu transportieren.

Mit dem Ziel, ein erneutes Entstehen der menschenunwürdigen Zustände zu verhindern, wurde der Abriss der Behausungen angeordnet und an eine Fachfirma übertragen, um zu erreichen, dass diese nicht wieder bezogen werden können und hierdurch die Gefahren für die dort lebenden Menschen erneut entstehen.

Um ein „Wieder“-Eindringen auf das Gelände zu verhindern, wurde mit Einverständnis des Insolvenzverwalters der Liegenschaft, eine Metallbaufirma beauftragt, die aufgebrochenen Zugänge mit stabilen Metallgittern zu verschließen.

Die gesamte Räumung und Verbringung der Menschen in die bereitgestellte Unterkunft verlief sehr ruhig und problemlos.

Fast alle Bewohner der Brache ließen sich in der Unterkunft unterbringen, nur einige wenige verzichteten darauf, da sie bei anderen Landsleuten unterkommen konnten bzw. direkt die Heimreise antreten wollten.

Das immer noch leerstehende Industriegelände wird bis heute durch die uniformierten Streifen der Stadtpolizei überwacht, wodurch dort eine neue Ansiedlung bisher erfolgreich verhindert werden konnte.

Gemeinsame Streife mit der DB-Sicherheit im Bereich Hauptbahnhof/B-Ebene

Nachdem im November 2016 die bis dahin schon angespannte Situation Rauschgiftsüchtiger und Dealer im Bereich des Hauptbahnhofes eskalierte und eine bis dahin nicht gekannte Anzahl erreicht wurde, reagierten Polizei und Stadtpolizei mit entsprechenden konzentrierten und abgestimmten Maßnahmen. Die Polizei richtete eine „Besondere Aufbauorganisation“ (BAO) mit rund 100 Einsatzkräften ein und kontrollierte schwerpunktmäßig das Bahnhofsviertel.

Die Stadtpolizei legte ihren Schwerpunkt auf den Bereich der B-Ebene und das direkte Umfeld des Hauptbahnhofs, insbesondere durch verstärkte und dauerhafte Streifentätigkeit.
Ab dem 13.02.2017 wurden Kräfte der Stadtpolizei gemeinsam mit Streifenteams der DB-Sicherheit in den unterirdischen Anlagen des Hauptbahnhofs eingesetzt. Zusammen mit der Bundes- und Landespolizei galt es, Dealern, Drogenkonsumenten, lagernden Personen und aggressiven Bettlern im Rahmen aller rechtlichen Möglichkeiten nachhaltig Einhalt zu gebieten.

In Abstimmung mit der Leitung der DB-Sicherheit wurde ein Streifenkonzept entwickelt, in dem die Stadtpolizei die Mitarbeiter der DB-Sicherheit mit auf ihre Streifengänge nahm und hierbei die hoheitsrechtlichen Maßnahmen durchsetzte. Seitens der DB-Sicherheit konnten die bahnspezifischen Aspekte eingebracht werden, so dass hierdurch eine gute und sich ergänzende Zusammenarbeit entstand.

Zusammen mit weiteren präventiven Maßnahmen, wie z.B. Verbesserung der Ausleuchtung und regelmäßiges intensives Putzen der Treppenabgänge und Verbindungswege zwischen den Bahnsteigen der U- und S-Bahn, konnte der Zustand im Bereich der B-Ebene des Hauptbahnhofes sowie auf dem Bahnhofsvorplatz, zu Gunsten des bürgerlichen Sicherheitsempfindens verbessert werden. Die konzentrierten Maßnahmen trugen dazu bei, den deutlichen Anstieg von Kriminalität wieder auf ein erträgliches Maß zu reduzieren.

Vorteilhaft wirkte sich hierbei die Kombination zweier Rechtsgebiete aus. Einerseits das Hausrecht, welches von den Streifen der DB-Sicherheit wahrgenommen wurde, andererseits das hoheitliche Handeln der eingesetzten Stadtpolizisten.

Im Zeitraum von einem Jahr wurden nachfolgend aufgeführte Maßnahmen getätigt:

Streifenstunden	4914
Personenüberprüfungen	2041
Ordnungswidrigkeitsanzeigen GAVO BTMG	506
Ordnungswidrigkeitsanzeigen GAVO Alkoholkonsum	100
Ordnungswidrigkeitsanzeigen GAVO Rauchen	167
Ordnungswidrigkeitsanzeigen GAVO Urinieren	26
Ordnungswidrigkeitsanzeigen GAVO Lagern	139
Sistierungen	36
Erhebungen von Sicherheitsleistungen	5
Hausverbote erteilt	45
Durchsetzung Hausverbote	177
Strafanzeigen Hausfriedensbruch	12
Strafanzeigen nach dem Aufenthaltsgesetz	24
Abgaben an die Bundes-/Landespolizei	53

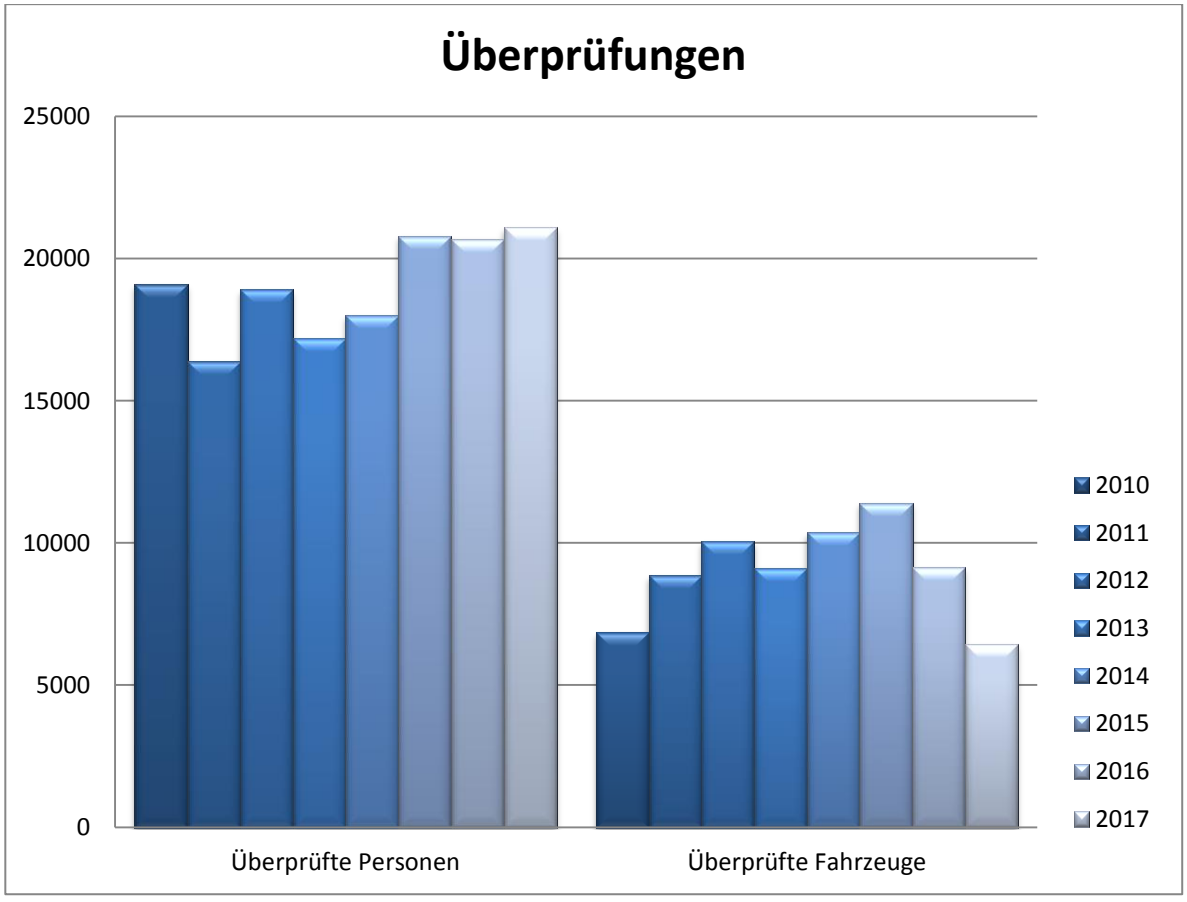
Repressive Maßnahmen

Überprüfungen von Personen und Fahrzeugen

Die weiter gestiegene Anzahl an Personenüberprüfungen ist mit dem konsequenten Vorgehen gegen Störer an den zuvor dargestellten Brennpunkten zu erklären.

Fahrzeugüberprüfungen der Stadtpolizei finden hingegen häufig in den Außenbereichen und Grünanlagen statt, die im Jahr 2017 nur subsidiär durchgeführt worden sind. Berücksichtigt man die Anzahl an Kontrollen und setzt diese in Relation zu den verhängten Ordnungswidrigkeiten-anzeigen, muss leider festgestellt werden, dass eine erhöhte Einsicht der Kraftfahrzeugführer, sich an Regeln zu halten, nicht festgestellt werden konnte.

Überprüfungen durch die Stadtpolizei	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Überprüfte Personen	19.091	16.377	18.900	17.184	17.994	20.789	20.689	21.084
Überprüfte Fahrzeuge	6.854	8.861	10.062	9.122	10.381	11.409	9.140	6.430



Sonstige repressive Maßnahmen

Das konsequente Einschreiten gegen uneinsichtige, aggressive Bettler und das Auflösen von Personengruppen, die Betäubungsmittel konsumieren, sind die Hauptursachen für die gestiegene Anzahl an Maßnahmen der „Allgemeinen Gefahrenabwehr“ (+ 75%). Bei uneinsichtigen Personen war vermehrt das Aussprechen von Platzverweisen (+ 137%) unumgänglich. Bei nicht feststehender Identität war zudem eine Mitnahme zur Wache zwecks Identitätsfeststellung (= Sistierung) oftmals erforderlich (+ 95%).

Bei den Einlieferungen in die Haftzellen wurde der höchste Wert seit Beginn der Erhebungen festgestellt. Gegenüber dem Vorjahr war hier ein Anstieg von 58% zu verzeichnen. Es handelt sich dabei in der Regel um Personen, bei denen im Rahmen der stadtpolizeilichen Überprüfung ein offener Haftbefehl festgestellt wurde oder sonstige Haftgründe vorlagen.

Sonstige repressive Maßnahmen	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**19.846**	**21.014**	**23.587**	**16.421**	**18.498**	**23.649**	**22.194**	**26.601**
Ermahnungen/Belehrungen/ Allgemeine Gefahrenabwehr	2.460	2.759	3.080	1.859	1.993	5.205	5.661	9.920
Barverwarnungen	1.178	1.021	1.001	581	763	586	507	616
Eingeleitete Ordnungswidrigkeitenverfahren	13.541	15.950	18.022	13.010	14.760	16.537	14.744	13.666
Platzverweise	1.823	506	833	398	422	634	456	1.083
Sistierungen	554	456	338	306	308	368	402	783
Einlieferungen in die Haftzellen	110	127	82	77	78	74	83	131
Sicherstellungen (ohne Hunde)	180	195	231	190	174	245	341	402

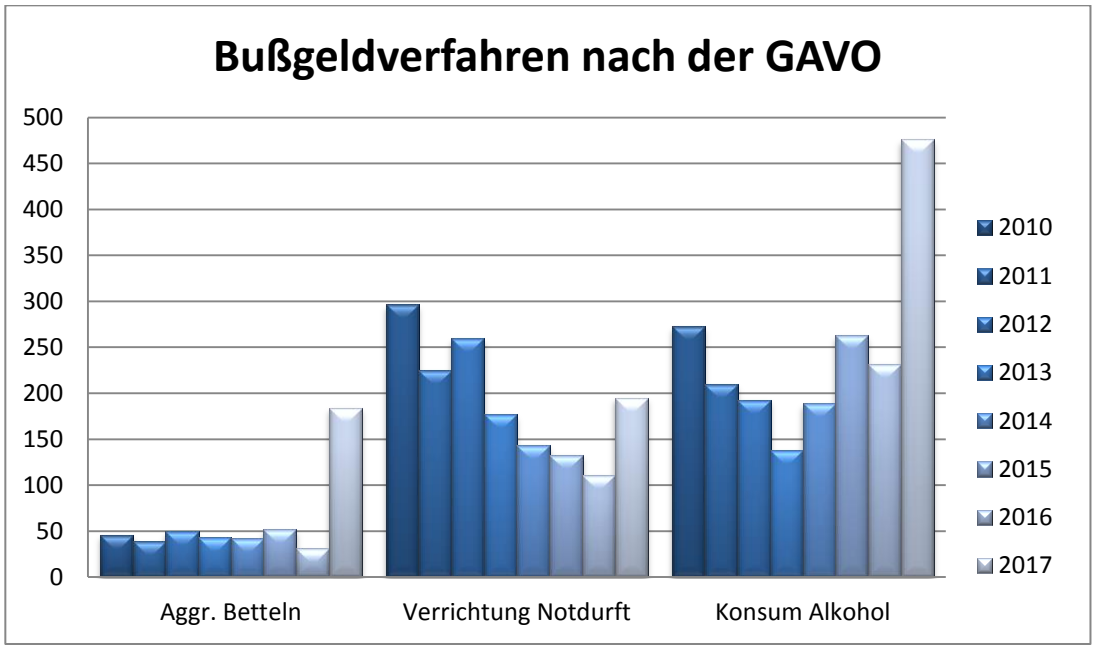
Bußgeldverfahren nach der Gefahrenabwehrverordnung

Die erhöhten Fallzahlen bezüglich des aggressiven Bettelns lassen sich mit den vermehrten Auffälligkeiten auf der Zeil erklären. Nur vereinzelt wurden diesbezüglich Verstöße in anderen Fußgängerzonen, wie z.B. in der Königsteiner Straße, festgestellt.

Das Verrichten der Notdurft außerhalb von Bedürfnisanstalten war vorwiegend im Bahnhofsgebiet (59 %) und in der Innenstadt (19 %) zu beobachten. Die restlichen 22 % entfielen auf das übrige Stadtgebiet.

Der verbotene Konsum von Alkohol findet nach wie vor fast ausschließlich an den Treppenabgängen und in den unterirdischen Anlagen, insbesondere an der Hauptwache, der Konstablerwache und dem Abgang zum Hauptbahnhof, dort vorwiegend im Kaisersack, statt. Die Verdopplung der Fallzahlen ist auf die verstärkten Einsatzmaßnahmen im Innenstadtbereich, hauptsächlich auf der Zeil und an der Hauptwache zu erklären.

Eingeleitete Verwarnungs- und Bußgeldverfahren nach der GAVO	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
Aggressives Betteln oder Betteln mit oder durch Kinder	46	39	50	43	42	52	31	184
Verrichtung der Notdurft außerhalb von Bedürfnisanstalten	297	225	260	177	144	133	111	195
Konsum von Alkohol	273	210	193	138	189	263	232	476



Einleitung von Strafverfahren durch die Stadtpolizei

Das konsequente Vorgehen gegen Fahrzeughalter, die nicht versicherte Kraftfahrzeuge im öffentlichen Verkehrsraum führen und/oder abstellen, hat zu einer weiteren Steigerung der Strafanzeigen in diesem Bereich um rund 14 % geführt.

Verstöße gegen die Ausreisepflicht und Passlosigkeit sind die Gründe für die gestiegene Zahl an Strafverfahren nach dem Aufenthaltsgesetz.

Die Zunahme der verbotenen Beschäftigung von Personen, die sich offiziell mit Touristenstatus in Deutschland aufhalten, hat bei den Strafverfahren gegen Arbeitgeber/-innen zu einem Plus von rund 42 % geführt.

Strafanzeigen der Stadtpolizei (ohne Verstöße gegen das BtMG)	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016	2017
gesamt	**1.025**	**991**	**941**	**1.078**	**753**	**1.275**	**3.122**	**3.797**
Aufenthaltsgesetz	651	466	346	437	441	449	485	583
Pflichtversicherungsgesetz	96	127	146	135	89	631	2.537	2.894
Strafverfahren gegen Arbeitgeber/-innen wegen illegaler Beschäftigung nichtdeutscher Staatsangehöriger	25	54	78	93	67	37	64	91
Urkundenfälschung	17	148	160	250	20	22	26	19
Verbotene Prostitution § 184 f StGB	35	20	17	7	14	11	5	6
Umweltgefährdende Abfallbeseitigung	7	35	24	15	27	40	23	23
Verkehrsstraftaten	16	31	27	16	7	10	16	7
Sonstige (z.B. Steuerhinterziehung, Sachbeschädigung, Körperverletzung, Betrug, Siegelbruch, Fischwilderei)	146	82	107	88	77	74	86	172

Die Wachen der Stadtpolizei

Wache West

Albanusstraße 38
65929 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 212 40444
Telefax +49 (0)69 212 45466

Öffnungszeiten Mo – Fr 08 – 20 Uhr

Innenstadtwache

Hauptwache, B-Ebene
60311 Frankfurt am Main

Telefon +49 (0)69 212 40440
Telefax +49 (0)69 212 35639

Öffnungszeiten Mo – Fr 09 – 21 Uhr
Sa 11 – 17 Uhr